

Deutsche Rüstungsexporte in alle Welt?

Eine Bilanz der vergangenen 30 Jahre



Deutsche Rüstungsexporte in alle Welt?

Eine Bilanz der vergangenen 30 Jahre

Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
im Auftrag von Greenpeace e.V.

Autorin:

Dr. Simone Wisotzki

März 2020

➔ Kein Geld von Industrie und Staat

Greenpeace ist eine internationale Umweltorganisation, die mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen kämpft. Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik, Parteien und Industrie. Mehr als 600.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt.

Impressum

Greenpeace e.V., Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg, Tel. 040/3 06 18-0 **Pressestelle** Tel. 040/3 06 18-340, F 040/3 06 18-340, presse@greenpeace.de, www.greenpeace.de
Politische Vertretung Berlin Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, Tel. 030/30 88 99-0 **V.i.S.d.P.** Alexander Lurz **Titelillustration** Carsten Raffel; **Gestaltung** Klasse 3b

Vorwort



Sehr geehrte Damen und Herren,

Deutschland hat eines, wenn nicht gar das restriktivste Rüstungsexportkontrollsystem der Welt. So zumindest erzählen es immer diejenigen, die in Politik, Industrie und Medien für die deutschen Waffenexporte eintreten. Dennoch listet das schwedische Friedensforschungsinstitut Stockholm International Peace Research Institute (Sipri) Deutschland Jahr für Jahr als einen der fünf größten Rüstungsexporteure der Welt. Und dennoch finden sich in den Rüstungsexportberichten der Bundesregierung brutale Regime, Diktaturen, Menschenrechtsverletzter und Krieg führende Nationen als Kunden der deutschen Rüstungsindustrie. Diesem offenkundigen Widerspruch geht die vorliegende Studie von Simone Wisotzki vom Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) nach. Anhand zahlreicher Einzelfälle legt die Studie offen, wie die verschiedenen Bundesregierungen seit 1990 systematisch Waffenexporte an Länder und in Regionen genehmigt und teils aktiv auf den Weg gebracht haben, wo sie – hätte Deutschland tatsächlich ein restriktives Kontrollsystem – niemals hätten hingelangen dürfen.

Vom Mythos der angeblich zurückhaltenden und verantwortungsvollen deutschen Exportpolitik bleibt nach der Lektüre dieser Studie nichts übrig. Auch vor diesem Hintergrund fordert Greenpeace ein Verbot von Rüstungsexporten in alle Drittländer und an Krieg führende Staaten. Dies muss in einem eigenen Rüstungsexportgesetz klar geregelt werden.

Die Welt steht mit der Klimakrise vor einer existentiellen Bedrohung. Bestehende Konflikte, ob um Ressourcen oder zwischen Ethnien und Religionen, drohen sich zu verschärfen und neue Konflikte drohen durch die Folgen der Erderhitzung dazuzukommen. Ein Weiter-so-wie-bisher kann und darf es dabei nicht geben. Die Welt braucht dringend eine neue Dynamik für eine an Frieden und Verständigung ausgerichtete Politik der internationalen Zusammenarbeit. Eine Außen- und Sicherheitspolitik, die auf Gewalt setzt – ob durch Militärinterventionen, den Export von Kriegsmaterial oder durch harte Sanktionsmaßnahmen – ist das Gegenteil von dem, was wir auf der Welt nun brauchen. Ein Stopp aller deutschen Waffenexporte in alle Drittländer kann hierfür nicht nur einen bedeutenden faktischen Beitrag leisten, er kann darüber hinaus ein kraftvolles Symbol für den Willen zu einer wahrhaft am Frieden ausgerichteten Politik sein.

Alexander Lurz,
Greenpeace-Abrüstungsexperte

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung der Ergebnisse	3
1. Einleitung: Rechtliche Grundlagen deutscher Rüstungsexportpolitik	5
2. Achtung der Menschenrechte, des humanitären Völkerrechts sowie der inneren Lage im Empfängerland	8
Ägypten	9
Algerien	10
Brasilien	11
Indien	11
Katar	12
Saudi-Arabien	13
Türkei	15
Vereinigte Arabische Emirate	18
3. Regionale Spannungen	19
Indien	20
Israel	21
Pakistan	22
4. Das Risiko der unerlaubten Umleitung von Klein- und Leichtwaffen	23
Afghanistan	23
Georgien	24
Katar	24
Libyen	24
Mexiko	25
Norderak	26
5. Einhaltung internationaler Verpflichtungen, wie Waffenembargos oder internationaler Verträge	27
China	27
6. Rüstungsexporte in Entwicklungsländer	28
7. Rüstungskooperationen, Technologietransfer und Tochterfirmen in Drittstaaten	28
8. Schlussfolgerungen: Die Muster deutscher Rüstungsexportpolitik	30
9. Quellen	33

Zusammenfassung der Ergebnisse

Deutschland genehmigt und exportiert Kriegswaffen und Rüstungsgüter in Kriegs- und Krisenländer, in Staaten mit Menschenrechtsverletzungen und in Spannungsregionen. Gerade dort tragen auch deutsche Rüstungsexporte dazu bei, die Rüstungsdynamik anzukurbeln und erhöhen so das Risiko, dass vorhandene Konflikte eskalieren und gewaltsam ausgetragen werden. Der Blick auf 30 Jahre deutsche Rüstungsexportpolitik dokumentiert zahlreiche Beispiele, in denen Kriegswaffenexporte in Drittstaaten genehmigt worden sind. Dabei sollten solche Fälle eigentlich eine Ausnahme bleiben, sind aber mit Genehmigungswerten von rund 60 Prozent in manchen Jahren zum Regelfall geworden. Wichtigste Abnehmer deutscher Rüstungsexporte sind die Staaten der MENA-Region, aber auch Staaten aus Süd(ost)asien und aus Südamerika. Das grundsätzliche Verbot aus dem Jahr 1971, Kriegswaffen aus Deutschland an Nicht-NATO-Staaten zu liefern, ist einem komplizierten Regelwerk aus Gesetzen, Politischen Grundsätzen und verschiedenartigen Verfahren gewichen, die auf europäischer und internationaler Ebene um weitere Regelwerke ergänzt werden.

Die Studie untersucht die deutsche Rüstungsexportpolitik seit 1990 und blickt insbesondere auf die Genehmigungen an Drittstaaten. Dabei orientiert sie sich in der Bewertung an den acht Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes der EU für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern, die den deutschen Politischen Grundsätzen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern ähneln. Die Kriterien orientieren sich am vorhandenen humanitären Völkerrecht, der Charta der Vereinten Nationen und an Menschenrechtsabkommen. So soll die Bundesregierung etwa die innere Lage im Endbestimmungsland im Hinblick auf Spannungen und bewaffnete Konflikte oder auch die Achtung von Menschenrechten und humanitärem Völkerrecht im Empfängerland bewerten. Die Untersuchung zeigt, dass Deutschland wiederholt gegen diese Kriterien verstoßen hat.

Die Studie dokumentiert eine Vielzahl von Fällen in Ländern, in denen mit deutschen Waffen Krieg geführt und schwere Menschenrechtsverletzungen begangen wurden. Im September 2014 ging beispielsweise die Polizei in Mexiko mit G-36-Sturmgewehren aus deutschen Lieferungen gewaltsam gegen Studentenproteste vor und erschoss zahlreiche Studenten. Seit 2015 tobt im Jemen ein blutiger Stellvertreterkrieg, bei dem vor allem die Zivilbevölkerung unter Kriegsgewalt und Hunger leidet. Die Jemen-Kriegskoalition, vor allem aber Saudi-Arabien, verletzt das humanitäre Völkerrecht mit unterschiedslosen Bombardements, die auch zivile Ziele treffen, und mit Seeblockaden. Die Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgüter, die in diesem Krieg zum Einsatz kommen, stammen auch aus Deutschland. Altbestände der

Bundeswehr und der ehemaligen Nationalen Volksarmee sind ebenfalls an Drittstaaten abgegeben worden – so etwa Kriegsschiffe nach Indonesien, mit denen 2003 Soldaten in den Bürgerkrieg nach Aceh transportiert wurden.

Die Beispiele der Studie dokumentieren, wie schnell Rüstungsexporte und auch Ausstattungshilfen, beispielsweise auch von Klein- und Leichtwaffen, in den illegalen Kreislauf und auf den Schwarzmarkt gelangen. Die Studie offenbart auch eine Reihe von eindeutigen Regelungslücken in der deutschen Rüstungsexportpolitik, etwa der Trend zur Internationalisierung deutscher Rüstungsunternehmen. So werden Joint-Ventures gegründet, um konflikt- und spannungsträchtige Länder und Regionen mit deutscher Rüstungstechnologie zu versorgen. Diese und andere Regelungslücken sollten mit einem einheitlichen und rechtlich verbindlichen Rüstungsexportkontrollgesetz geschlossen werden, das dann auch rechtlich durchgesetzt werden muss, so dass deutsche Rüstungsexporte nicht in problematische Drittstaaten gelangen. Rüstungsexporte haben eine lange Halbwertszeit: Die Beispiele der Studie zeigen, dass die Exporte von einst auch viele Jahre später dramatische Auswirkungen haben, wenn sich die politische Situation im Empfängerland so ändert, dass die aus Deutschland gelieferten Waffen eingesetzt werden, um Krieg zu führen, Protestbewegungen gewaltsam niederzuschlagen oder Menschenrechte zu verletzen.

Deutsche Rüstungsexporte in alle Welt? Eine Bilanz der vergangenen 30 Jahre

1. Einleitung: Rechtliche Grundlagen deutscher Rüstungsexportpolitik¹

Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes betont die Friedensstaatlichkeit Deutschlands. Zu dem Friedensgebot des Grundgesetzes gehört es, solche Handlungen unter Strafe zu stellen, die diesem Friedensgebot abträglich sein könnten. Artikel 26 Abs. 2 regelt die Zuständigkeit für die Genehmigungen deutscher Rüstungsexporte – zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung, also des Bundeskabinetts, ausgeführt werden. Näheres zu den Genehmigungsverfahren soll ein Bundesgesetz regeln. Tatsächlich macht die Vielzahl von Genehmigungsverfahren die Umsetzung dieses Artikels des Grundgesetzes quasi unmöglich. Nur in besonderen Ausnahmefällen wird der Export von Kriegswaffen durch den Bundessicherheitsrat entschieden.²

Die Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern verweisen darauf, dass der Export von Kriegswaffen an sogenannte Drittstaaten³ restriktiv gehandhabt wird.⁴ Der Export von Kriegswaffen wird an solche Staaten nicht genehmigt, es sei denn, *„dass im Einzelfall besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen für eine ausnahmsweise zu erteilende Genehmigung sprechen“*.⁵ Blickt man auf die rüstungspolitische Vergangenheit Deutschlands, so lässt sich feststellen, dass die Ausnahme der Rüstungsexporte an Drittstaaten zur Regel geworden ist. Dabei sahen beispielsweise die ersten Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern aus dem Jahr 1971 noch vor, dass grundsätzlich der Export von Kriegswaffen an Nicht-NATO-Staaten unterbleiben sollte.⁶ Seitdem sind die Politischen Grundsätze dreimal überarbeitet worden, zuletzt im Juli 2019.⁷ Das grundsätzliche Verbot des Exportes von Kriegswaffen an Drittstaaten ist einem komplizierten Regelwerk von einschränkenden Normen gewichen.

Die deutsche Rüstungsexportpolitik befindet sich in einem prinzipiellen Spannungsverhältnis zwischen außen- und sicherheitspolitischen Interessen auf der einen Seite und Normen/Regeln auf der anderen Seite. Solche normativen Kontexte finden sich etwa in bestehendem humanitären Völkerrecht, wie den Genfer Konventionen von 1949, oder die allgemeine Erklärung der Menschenrechte (UDHR), aber auch in Form von Waffenembargos, wie sie die

Vereinten Nationen oder regionale Organisationen verhängen. Sie bilden den internationalen Rahmen an normativen Ordnungsvorstellungen, der im Verlauf der Geschichte deutscher Rüstungsexportpolitik beständig erweitert worden ist, etwa um die Anti-Personenminenkonvention von 1997, den Streumunitionsvertrag von 2008 oder den internationalen Waffenhandelsvertrag von 2014. Auf europäischer Ebene wurden die internationalen Normen durch regionale Vorschriften ergänzt, etwa durch den EU-Verhaltenskodex von 1998, der 2008 zum rechtlich verbindlichen Gemeinsamen Standpunkt für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern umgewandelt wurde.⁸ Hinzu kommen auf deutscher Ebene zwei Ausführungsgesetze – das Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) und das Außenwirtschaftsgesetz (AWG), die Außenwirtschaftsverordnung (AWV) sowie die überarbeiteten und angepassten Politischen Grundsätze zu Rüstungsexporten. Artikel 26 Abs. 2 verlangt die Genehmigung von Exporten von Kriegswaffen durch die Bundesregierung – das Grundgesetz differenziert also zwischen Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern. Dies entspricht auch der Aufteilung in Kriegswaffenkontrollgesetz und Außenwirtschaftsgesetz.⁹

Die Politischen Grundsätze sind nach 1971 in den Jahren 1982, 2000 und zuletzt 2019 überarbeitet, erweitert und verändert worden. Neben den deutschen Gesetzen und Vorschriften sind auch europäische rechtlich verbindliche Vorgaben wie der Gemeinsame Standpunkt der EU von 2008 oder internationale Abkommen und Verträge wie das Kleinwaffenaktionsprogramm (UNPoA) von 2001 und der internationale Waffenhandelsvertrag von 2014 (ATT) Handlungsgrundlage für Entscheidungen im Hinblick auf deutsche Rüstungsexporte. Zusammengefasst lässt sich beim Blick auf die deutschen, europäischen und internationalen Regeln zur Rüstungsexportkontrolle von einem regelrechten Normengeflecht sprechen, das die deutschen Genehmigungsverfahren anleiten soll. Die vorliegende Studie zur Rüstungsexportpolitik gegenüber Drittstaaten orientiert sich in der Bewertung der Fälle vor allem an dem Gemeinsamen Standpunkt der EU für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern und den ihm zugrundeliegenden acht Kriterien. Er wurde 1998 zunächst als Verhaltenskodex von den EU-Mitgliedsstaaten verabschiedet, bevor er 2008 als Gemeinsamer Standpunkt der EU rechtlich verbindlich für alle Mitgliedsstaaten wurde.¹⁰ Seine Kriterien orientieren sich an Prinzipien und Normen des humanitären Völkerrechts, an der Charta der Vereinten Nationen oder Menschenrechtsdeklarationen. Auch vor 1998 finden sich die meisten Normen des

Gemeinsamen Standpunkts der EU unter anderem auch in den deutschen Politischen Grundsätzen.¹¹

- Kriterium 1: Einhaltung internationaler Verpflichtungen: Sanktionen des UN-Sicherheitsrates/der EU; Übereinkünfte der Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle
- Kriterium 2: Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechtes
- Kriterium 3: Innere Lage im Endbestimmungsland im Hinblick auf das Vorhandensein von Spannungen oder bewaffneten Konflikten
- Kriterium 4: Aufrechterhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region
- Kriterium 5: Nationale Sicherheit der Mitgliedsstaaten; der Gebiete, deren Außenbeziehungen in die Zuständigkeit eines Mitgliedsstaates fallen; nationale Sicherheit befreundeter und verbündeter Länder
- Kriterium 6: Verhalten des Käuferlandes gegenüber der internationalen Gemeinschaft bei besonderer Berücksichtigung seiner Haltung zum Terrorismus, der Art der von ihm eingegangenen Bündnisse und der Einhaltung des Völkerrechts
- Kriterium 7: Risiko der Abzweigung von Militärtechnologie und Militärgütern im Käuferland oder der Wiederausfuhr von Militärgütern unter unerwünschten Bedingungen
- Kriterium 8: Vereinbarkeit der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern mit der technischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Empfängerlandes unter Berücksichtigung der legitimen Sicherheits- und Verteidigungsbedürfnisse

Die Studie untersucht im Schwerpunkt die Genehmigungen und Ausfuhren von Kriegswaffen und Rüstungsgütern seit Ende des Ost-West-Konfliktes, also Entscheidungen über Genehmigungen deutscher Rüstungsexporte nach 1990. Die normativen Bewertungsgrundlagen bieten in ihrer Gesamtheit den Maßstab, der die Diskrepanz zwischen rechtlichem Anspruch und politischer Praxis im Umgang mit Rüstungsexporten in Deutschland aufzeigt. Im Fokus der Studie stehen insbesondere die Rüstungsausfuhren an Drittstaaten, allerdings sollen auch NATO-Staaten einbezogen werden, wenn die Rüstungsgüter, wie im Fall der Türkei, zur internen Repression und zu systematischen Menschenrechtsverletzungen, Verletzungen des humanitären Völkerrechts und zur Konflikteskalation verwendet werden. Neben Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern blickt die Studie auch auf Formen der militärischen Ausstattungshilfe und der Vermarktung von Altwaffenbeständen, die insbesondere im Kontext des Endes des Ost-West-Konfliktes im Zuge der sogenannten

Friedensdividende und der Abrüstung der überschüssigen konventionellen Waffenkapazitäten relevant war. Auch deshalb bietet es sich an, den Untersuchungsbeginn dieser Studie auf 1990 zu legen. Die Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes der EU sind gleichsam die Bewertungsgrundlage für die Untersuchung zur deutschen Rüstungsexportpolitik. Sie werden für die Untersuchung zusammengefasst und die Kapitel der Studie so gegliedert, dass vor allem den Kriterien besondere Beachtung geschenkt wird, bei denen etwaige Verletzungen besonders häufig diskutiert wurden. Die Studie untersucht anhand von Primärquellen (Regierungsdokumente/Rüstungsexportberichte; Bundestagsdrucksachen etc.), Medienberichten und Sekundärliteratur die deutsche Rüstungsexportpolitik gegenüber problematischen Empfängerländern.

2. Achtung der Menschenrechte, des humanitären Völkerrechts sowie der inneren Lage im Empfängerland

Die Achtung des humanitären Völkerrechtes und der Menschenrechte im Empfängerland sind in Kriterium 2 des Gemeinsamen Standpunktes der EU zusammengefasst. Sie finden sich aber auch in den Politischen Grundsätzen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern sowie im internationalen Waffenhandelsvertrag (ATT) von 2014. Gerade bei den Verhandlungen zum ATT hat Deutschland die Bedeutung des Kriteriums der Menschenrechte in den Verhandlungen in den Vereinten Nationen in New York stets hervorgehoben. Der Benutzerleitfaden für den Gemeinsamen Standpunkt der EU nennt interne Repressionen als Beispiel von Menschenrechtsverletzungen und betont, dass Menschenrechtsverletzungen keinesfalls systematisch in einem Empfängerland stattfinden müssen, um den Export zu verweigern. Auch soll bei der Exportentscheidung ein besonderes Augenmerk auf die Art der Ausrüstung gelegt werden – genannt werden etwa Mannschaftstransportwagen oder Kommunikations- und Überwachungs-ausrüstungen, die zu repressiven Zwecken genutzt werden könnten. Genannt werden aber auch Menschenrechtsverletzungen wie Folter, willkürliche Hinrichtungen, das Verschwindenlassen von Personen oder Einschränkungen von Grundfreiheiten, wie sie in einschlägigen Menschenrechtsübereinkünften niedergelegt sind.¹² Kriterium drei des Gemeinsamen Standpunktes der EU verweist auf die innere Lage des Empfängerlandes und das Vorhandensein etwaiger bewaffneter Konflikte oder innenpolitischer „Spannungen“ im Käuferland. Als solche definiert der Benutzerleitfaden des Gemeinsamen Standpunktes der EU Feindseligkeiten zwischen verschiedenen Gruppierungen des Empfängerlandes, Unruhen,

Gewalttätigkeiten oder auch das Vorhandensein von Privatmilizen. Die folgenden Beispiele verdeutlichen, dass die Bundesregierung seit 1990 immer wieder Kriegswaffen und Rüstungsgüter in Empfängerländer genehmigt hat, deren autoritäre Regierungen gewaltsam gegen die eigene Bevölkerung vorgehen, sich schwere Menschenrechtsverletzungen zu Schulden kommen lassen oder in bewaffnete Konflikte verwickelt sind.

Ägypten:

Deutschland genehmigte allein zwischen 2001 und 2019 den Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern nach Ägypten im Wert von 1,5 Milliarden Euro.¹³ 2019 war die Militärdiktatur auf Platz eins der Empfängerländer unter den Drittstaaten. Thyssen Krupp hatte die Genehmigung für den Export einer Fregatte des Typs Meko 200 erhalten, obwohl das Land der Jemen-Kriegskoalition angehört und die Bundesregierung im Koalitionsvertrag von 2018 vereinbart hatte, keine Rüstungsexporte an die Mitglieder der Koalition zu genehmigen.¹⁴

Doch Ägypten war auch zuvor ein problematisches Empfängerland, blickt man auf das System der inneren Repression und Menschenrechtsverletzungen. Folter und Misshandlungen von Dissidenten und Oppositionellen waren schon unter Diktator Hosni Mubarak an der Tagesordnung, auch die Militärdiktatur unter Abdel Fattah al-Sisi geht gewaltsam gegen ihre politischen Gegner vor. Folter mit Todesfolge und Misshandlungen in Gefängnissen sind an der Tagesordnung. Ägypten ist zwar zentralen Menschenrechtsabkommen beigetreten, doch ihre Umsetzung ist mangelhaft, dies gilt insbesondere für die Anti-Folterkonvention. Dennoch erhielt das Land aus Deutschland Kleinwaffen, beispielsweise 2007 und 2009, aber auch gepanzerte Fahrzeuge, Teile für Panzer und Flugabwehrsysteme.¹⁵

2011 kam es zu Massenprotesten der ägyptischen Bevölkerung gegen das Mubarak-Regime, dabei gab es zahlreiche Tote und Verletzte. Mubarak trat schließlich zurück, woraufhin zunächst das Militär und danach die Muslimbrüder unter Mohammed Mursi die Macht übernahmen. 2013 wurde Mursi durch das Militär gestürzt, das dann seinerseits die Macht übernahm.¹⁶ Im August 2013 hatten sich die EU-Außenminister auf einen Lieferstopp für Rüstungsgüter nach Ägypten in Folge der inneren Lage in Ägypten geeinigt.¹⁷ Dennoch hatten 2014 elf EU-Staaten Waffenexporte im Gesamtwert von mehr als sechs Milliarden Euro genehmigt. Die Bundesregierung hatte 2014 Waffenlieferungen im Umfang von 22,7 Millionen Euro genehmigt, vor allem in Form von U-Boot-Technologie. Ägyptens Armee war gegen die friedlichen Proteste unter anderem auch mit dem Radpanzer Fahd vorgegangen, der zwar aus

ägyptischer Produktion stammte, für den aber bis 2012 Bestandteile und Komponenten von deutscher Seite geliefert worden waren.¹⁸ Ägyptens Nachbar Israel machte seine Bedenken 2012 gegen Genehmigungen von zwei U-Booten der Kieler HDW-Werft geltend – nach dem Sturz von Husni Mubarak sei das Land keine verlässliche Größe in der Region.¹⁹

Algerien:

Deutschland bewilligte in den Jahren 2001 bis 2015 den Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern im Wert von fast zwei Milliarden Euro nach Algerien. Dies waren vor allem Fahrzeuge und Panzer, aber auch Kriegsschiffe, Sprengkörper sowie Kleinwaffen und Munition. Die innere Lage und auch die Menschenrechtssituation bleiben nach dem Rücktritt von Präsident Abdelaziz Bouteflika im Jahr 2019 weiterhin angespannt – Militär- und Sicherheitskräfte gehen gewaltsam gegen die Protestbewegungen vor. Zwischen 2013 und 2017 soll in rund 175 Fällen die Todesstrafe vollstreckt worden sein.²⁰ Trotz prekärer Menschenrechtssituation, der Instabilität des Landes und der angespannten Lage in der gesamten Region Nordafrikas genehmigte der Bundessicherheitsrat 2011 verschiedene Rüstungsprojekte für Algerien. 2011 waren es Transportpanzer und Teile für gepanzerte Fahrzeuge im Wert von 217 Millionen Euro, 2012 und 2013 waren es Geländewagen und Lastwagen im Wert von mehr als 500 Millionen Euro.²¹ Rheinmetall und MAN erhielten den Auftrag, mit ihrem Joint Venture den Transportpanzer Fuchs in Algerien zu bauen. Mercedes Benz konzentrierte sich auf die Produktion von Last- und Geländewagen. ThyssenKrupp Marine Systems ersuchte um Genehmigungen für Fregatten und Ausbildung der Marine.²² Kurzum: Die großflächige Modernisierung der algerischen Streitkräfte wurde auch mit deutscher Unterstützung bestritten.²³ Die Realisierung eigener Produktionskapazitäten mit Hilfe deutscher Firmen lässt die algerische Rüstungsindustrie unabhängig werden – auch dies ist ein Trend, der sich in vielen Ländern der MENA-Region (Middle East and North Africa) identifizieren lässt. Gleichzeitig eröffnen eigene Produktionskapazitäten diesen Ländern die Möglichkeit zu eigenen Rüstungsexporten in Kriegs- und Krisenregionen. Algerien hat bislang den internationalen Waffenhandelsvertrag nicht unterzeichnet, ist also an globale Rüstungsexportkontrollstandards jenseits allgemeiner völkerrechtlicher Regelungen nicht gebunden. Seit 2014 produziert Mercedes Benz Geländewagen der BA6G-Klasse bei Tiaret.²⁴ Rheinmetall Algerie SPA hat 2018 und 2019 jeweils 120 Transportpanzer des Typs Fuchs gebaut. 2019 genehmigte der Bundessicherheitsrat 160 elektrische Antriebe für Waffenstationen, die in den Transportpanzer

Fuchs eingebaut werden sollen.²⁵ In den nächsten zehn Jahren plant das Unternehmen insgesamt rund 1000 Panzer zu produzieren.

Brasilien:

Nach Angaben von Sipri war Deutschland zwischen 2006 und 2019 noch vor den USA und Russland der wichtigste Lieferant von Rüstungsgütern nach Brasilien. 1999 erhielt Brasilien Patrouillenboote und Teile für Kriegsschiffe, 2001 Teile für U-Boote und Minenkampfboote, 2009 Kampfpanzer, gepanzerte Fahrzeuge und Lastwagen im Wert von 115,1 Millionen Euro. 2016 erhielt Brasilien unter anderem auch Maschinenpistolen und Pistolen.²⁶ In dem südamerikanischen Land gibt es immer wieder Menschenrechtsverletzungen zu beklagen, wie etwa exzessive Polizeigewalt. Drohungen, Angriffe und Tötungen von Menschenrechtsaktivisten und -verteidigern sind an der Tagesordnung. Ein Fall aus den 1990er Jahren zeigt, dass brasilianische Militärpolizisten 111 Gefangene bei der Niederschlagung eines Aufstandes töteten. Im Oktober 1992 kam es im Gefängnis in São Paulo zu Streitigkeiten und die Polizei stürmte das Gefängnis unter Waffengewalt, obwohl zahlreiche Gefangene ihre friedlichen Absichten mit weißen Tüchern kundgaben. Die Militärpolizisten waren mit Maschinenpistolen des Typs MP5 von Heckler & Koch ausgestattet, die aus deutschen Lieferungen stammten, wie Amnesty International anhand der Seriennummern herausfinden konnte.²⁷

Indonesien:

2003 gerieten deutsche Rüstungsexporte in die Schlagzeilen: Bilder indonesischer Kriegsschiffe zeigten, wie Soldaten der indonesischen Armee in den Bürgerkrieg nach Aceh transportiert wurden. Bei den Kriegsschiffen handelte es sich um Einheiten deutscher Herkunft, die aus Beständen der ehemaligen Nationalen Volksarmee (NVA) nach deren Auflösung als überschüssige Waffen an Indonesien abgegeben wurden – darunter waren Landungsschiffe, Korvetten und ein Unterstützungsschiff. Auf die damalige Kritik von Bundestagsabgeordneten der Oppositionsparteien hatte die Bundesregierung geantwortet, die Schiffe seien allein zum Schutz der Küste und der Seewege gegen Piraterie und Drogenhandel bestimmt. Zehn Jahre später hatte sich die innere Lage in Indonesien so grundlegend geändert, dass die deutschen Kriegsschiffe im Bürgerkrieg zum Einsatz kamen.²⁸ Den Einsatz ermöglichte auch eine Lieferung neuer Motoren, die die hinfällig gewordenen Schiffsmotoren ersetzte. Bereits ab den

1970er Jahren waren deutsche Kriegswaffen und Rüstungsgüter nach Indonesien geliefert worden, sie kamen auch 1999 im Konflikt um Osttimor zum Einsatz.²⁹ Seit Mitte der 1990er Jahre hatte der Deutsche Bundestag wiederholt über Rüstungsexporte nach Indonesien debattiert, Oppositionspolitiker kritisierten die Entscheidungen des Bundessicherheitsrates und verwiesen auf systematische Menschenrechtsverletzungen der indonesischen Regierung in Osttimor.³⁰

2013 genehmigte die Bundesregierung die Lieferung von 104 Leopard-II-Kampfpanzern und 50 älteren Marder-Panzern. Indonesien hatte zunächst in den Niederlanden angefragt, dort aber scheiterte der Deal an den Bedenken des Parlamentes, das auf die Menschenrechtslage im Land verwies.³¹ Die Panzer stammten aus Altbeständen der Bundeswehr und waren an die deutsche Rüstungsindustrie verkauft worden, damit diese sie weiterverkaufen konnten. Rheinmetall schloss schließlich das Geschäft mit Indonesien ab und hatte die Altpanzer zuvor technisch modernisiert.³² Der Gemeinsame Standpunkt der EU sieht in Artikel 4 Konsultationen vor, wenn die Genehmigung innerhalb von drei Jahren zuvor von einem anderen Mitgliedsstaat verweigert wurde, wie dies durch die Niederlande geschehen war. Zusätzlich hätte Deutschland im Fall der Kampfpanzer nach Indonesien auch gegenüber den Niederlanden begründen müssen, weshalb der Rüstungsexport von deutscher Seite genehmigt worden war, obwohl ihn die Niederlande zuvor abgelehnt hatten. Weitergehende Sanktionsmöglichkeiten sieht der Gemeinsame Standpunkt der EU jedoch nicht vor.³³

Katar:

Deutsche Kriegswaffen und Rüstungsgüter werden auch an das Königreich Katar geliefert. Obwohl Katar eine Diktatur ist, in der Menschenrechte missachtet werden, das Land nicht-staatliche Gruppierungen unterstützt, beispielsweise im Krieg in Syrien, und es sich im Konflikt mit Saudi-Arabien, Ägypten und den Vereinigten Arabischen Emiraten um die Frage der Zusammenarbeit mit dem Iran und islamistischen Gruppierungen befindet, sind insbesondere in jüngerer Zeit Kriegswaffen genehmigt und geliefert worden. Zwischen 2001 und 2012 belief sich die Summe der Genehmigungen auf fast 60 Millionen Euro.³⁴ Darunter waren Genehmigungen für Kriegsschiffe, Kleinwaffen und Sprengkörper. 2013 genehmigte die Bundesregierung dann 673,3 Millionen Euro an Kriegswaffen und Rüstungsgütern nach Katar.³⁵ 2016 gelangte Katar auf den Spitzenplatz der Empfängerländer deutscher Rüstungsexporte mit Genehmigungen in Höhe von 1,66 Milliarden Euro.³⁶ 2013 hatte die damalige Bundesregierung die Genehmigung für den Export von 62 Kampfpanzern des Typs

Leopard 2 und für 24 Panzerhaubitzen erteilt, 2015 stand die erste Tranche zum Export nach Katar an. Seit 2015 beteiligte sich Katar am Krieg gegen den Jemen, schickte sogar Bodentruppen.³⁷ Das Wirtschaftsministerium hatte wegen der veränderten politischen Lage sogar noch eine Überprüfung angestoßen, doch die Sorge vor Schadensersatzforderungen wog offenbar schwerer.³⁸ In einer aktuellen Stunde des Bundestages diskutierten die Abgeordneten kritisch über die geplanten Panzerlieferungen.³⁹ Bis 2017 wurden alle 62 Leopard 2-Panzer nach Katar geliefert.⁴⁰ Im Sommer 2017 orderte Katar 24 Eurofighter-Kampffjets von der britischen BAE Systems – Deutschland ist am Bau der Kampffjets ebenfalls beteiligt.⁴¹

Saudi-Arabien:

Deutsche Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien haben eine lange Tradition. Ob Patrouillenboote, Geschützmunition oder Lizenzen für eigene Produktionsanlagen von Kleinwaffen – aus Deutschland gab es über Jahrzehnte vielfältige Genehmigungen und realisierte Waffenexporte an den „Stabilitätsanker“ der Region.⁴² So haben nahezu alle Bundesregierungen die Genehmigungen von Rüstungsexporten an das autoritäre Regime begründet. Auch vom strategischen Gleichgewicht gegenüber dem Iran war oft die Rede, dabei gilt die MENA-Region (Mittlerer Osten/Nordafrika) ohnehin schon als eine der am meisten hochgerüsteten Regionen der Welt und doch geht das Wettrüsten unvermindert weiter. Von westlicher Seite wird oftmals das Argument angeführt, die Staaten im Kampf gegen den Terrorismus auszustatten. Im Fall von Saudi-Arabien zeigte sich nach 9/11 und den Terroranschlägen von New York und Washington, dass 15 Attentäter sowie der strategische Kopf der Terrororganisation Al-Kaida, Osama Bin-Laden, aus Saudi-Arabien kamen und zudem auch finanzielle Mittel geflossen waren.⁴³ Seit 2015 führt Saudi-Arabien Krieg gegen die Huthi-Milizen im Jemen – die Opfer des Krieges sind hauptsächlich Zivilisten, die durch Luftschläge auf Märkte, Krankenhäuser, Schulen oder Wohnhäuser verletzt und getötet werden und an Kriegsfolgen wie Hungernöten und mangelnder medizinischer Versorgung leiden.⁴⁴ In Saudi-Arabien selbst gibt es immer wieder schwere Menschenrechtsverletzungen zu beklagen wie Folter und gezielte Tötungen von Dissidenten.⁴⁵ 2019 gab es erneut Massenexekutionen, 37 Menschen unter angeblichem Terrorverdacht wurden hingerichtet. Frauenrechte sind in dem Land stark eingeschränkt, Frauenrechtlerinnen werden willkürlich verhaftet.⁴⁶

Bereits in den 1960er Jahren gab es enge Kontakte zwischen Deutschland und Saudi-Arabien – erste Rüstungsgeschäfte umfassten Geschütze, Panzerfäuste und Klein- und Leichtwaffen.⁴⁷ In den 1980er Jahren zeigte sich das saudische Königreich erneut interessiert, deutsche Waffen

einzukaufen. Doch die damalige Bundesregierung hatte große Mühe nachzuweisen, dass die gewünschten Leopard-Kampfpanzer und Flugabwehrpanzer „Gepard“ nicht gegen Israel eingesetzt werden würden – seit 1981 galten zudem überarbeitete Politische Grundsätze für die Ausfuhr von Rüstungsgütern, wonach nicht in „Spannungsgebiete“ geliefert werden sollte.⁴⁸ 1991 genehmigte die Kohl-Regierung während der Zeit des zweiten Golfkrieges 36 gebrauchte Spürpanzer aus den Beständen der Bundeswehr.⁴⁹ Saudi-Arabien kam rasch unter die Top 20 der Empfängerländer deutscher Rüstungsexporte und gelangte nach dem politischen Wechsel zu Bundeskanzlerin Angela Merkel ab 2005 sogar auf die vorderen Plätze der Abnehmerländer deutscher Kriegswaffen. 2008 genehmigte die deutsche Bundesregierung eine Lizenz für den Anlagenbau zur Produktion von G-36-Sturmgewehren der Firma Heckler & Koch. 2011 unterstützen saudische Streitkräfte die bahrainischen Sicherheitskräfte bei deren gewaltsamer Niederschlagung der friedlichen Proteste im Land, dennoch genehmigte Deutschland Rüstungsexporte im Wert von knapp 140 Millionen Euro an Saudi-Arabien.⁵⁰ 2012 interessierte sich das Königreich für den Kauf von bis zu 800 Leopard-2-Kampfpanzern. In Deutschland entbrannte daraufhin eine heftige Kontroverse um diese möglichen Lieferungen und Genehmigungen, die 2014 dann endgültig vom damaligen Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) gestoppt wurden.⁵¹ Auf der anderen Seite wurden dann aber doch in den Jahren 2014/2015 Kriegswaffen und Rüstungsgütern von 332 Millionen Euro ausgeführt, darunter Lenkflugkörper und Ersatzteile für Kampfflugzeuge sowie Teile für Geschützmunition, Haubitzenmunition, Mörsermunition.⁵² Auch der Krieg Saudi-Arabiens im Jemen seit März 2015 änderte nichts an der Haltung der deutschen Bundesregierung, Kriegswaffen und Rüstungsgüter nach Saudi-Arabien zu genehmigen.⁵³ Allein seit 2015 hat die Bundesregierung Rüstungsexporte im Gesamtwert von rund 1,5 Milliarden Euro bewilligt.⁵⁴

Die Luftangriffe durch die saudische Luftwaffe auf Stellungen und zivile Ziele im Jemen wurden auch mit Kampfflugzeugen der Typen Tornado und Eurofighter Typhoon ausgeführt, die zwar von Großbritannien aus geliefert worden waren, in denen aber auch Komponenten aus deutscher Produktion enthalten sind.⁵⁵ Auch 2017 erhielt Saudi-Arabien erneut Genehmigungen für vier weitere Patrouillenboote der Lürssen-Werft und für 110 Lastwagen von Rheinmetall. Der Militärlieferer Fritz Werner darf militärische Ausrüstung und Werkzeuge in Höhe von 8,9 Millionen Euro nach Saudi-Arabien verkaufen. Noch 2018 fand sich Saudi-Arabien mit Genehmigungswerten von 416 Millionen Euro auf Platz vier der Empfängerländer deutscher Rüstungsexporte.⁵⁶ Erst die Ermordung von Jamal Khashoggi im Oktober 2018 ändert etwas an der Rüstungsexportpraxis der Bundesregierung, obwohl es auch zuvor schon Presseberichte von schweren Menschenrechtsverletzungen in Saudi-Arabien

gegeben hatte und die Berichterstattung zum Jemen-Krieg ebenfalls negative Schlagzeilen brachte.⁵⁷ Journalistische Recherche zeigte, dass deutsche Kriegswaffen im Jemenkrieg zum Einsatz kommen.⁵⁸ Dies gilt unter anderem auch für die bislang gelieferten Patrouillenboote aus der Peene-Werft in Wolgast, die, einmal in Saudi-Arabien angekommen, statt zum Küstenschutz auch zur See- bzw. Hafensperre im Jemenkrieg eingesetzt wurden.⁵⁹ Französische Medienberichte dokumentierten, dass auch andere aus Deutschland gelieferte Kriegswaffen im Jemen zum Einsatz kamen.⁶⁰ Das seit Oktober 2018 verhängte und seitdem verlängerte Exportmoratorium bringt Unternehmen der deutschen Rüstungsindustrie dazu, den Klageweg zu beschreiten, um eine Entscheidung zu erzwingen. Im Fall der Untätigkeitsklage der Firma Rheinmetall hat das Frankfurter Verwaltungsgericht im Dezember 2019 entschieden, dass der gewählte Mechanismus des Aussetzens der Gültigkeit der Genehmigung für den Export von Lastwagen fehlerhaft ist und die Bundesregierung nun nachbessern muss.⁶¹ In der Praxis zeigt das Exportmoratorium durchaus Lücken und wird zudem zeitlich begrenzt sein. So darf die Firma Lürssen Ersatzteile und Mitarbeiter nach Saudi-Arabien schicken, die die Patrouillenboote warten und reparieren.⁶² 2019 erlaubte der Bundessicherheitsrat der Firma KAMAG den Export von Technologie, um in Frankreich bei der Schwesterfirma Nicolas Industries Panzertransporter zu bauen und nach Saudi-Arabien zu exportieren.⁶³

Türkei:

Rüstungsexporte in die Türkei wurden in der Vergangenheit immer mit der NATO-Mitgliedschaft und auch der EU-Beitrittskandidatur gerechtfertigt. Im Lichte der innenpolitischen Entwicklungen, aber auch der Spannungen in der Ägäis mit Griechenland – unter anderem auch über die Zypernfrage – fänden sich hinreichende Gründe, keine Kriegswaffen und Rüstungsgüter an den NATO-Partner zu liefern. Dass die Bundesregierung durchaus zögerlich mit Rüstungsexporten in die Türkei umgeht, dokumentieren die Ablehnungsentscheidungen. So wurden in den sechs Monaten zwischen November 2016 und März 2017 elf Anträge nicht genehmigt, unter anderem mit dem Verweis auf Kriterium 2 „Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts“ und auf Kriterium 3 „innere Lage im Endbestimmungsland als Ergebnis von Spannungen und bewaffneten Konflikten“. ⁶⁴ Diese Entscheidung folgte auf die Verhängung des Ausnahmezustandes nach dem gescheiterten Putschversuch am 15. Juli 2016.

Die Türkei befindet sich seit Jahrzehnten im Konflikt mit der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans), der 2013 begonnene Friedensprozess wurde 2015 wieder gestoppt. Die türkische Luftwaffe flog

wiederholt Angriffe auf kurdische Gebiete, um gegen die PKK vorzugehen, die ihrerseits für Terroranschläge in der Türkei verantwortlich ist. Im Südosten der Türkei kommt es immer wieder zu kriegerischen Handlungen, auch von schweren Menschenrechtsverletzungen gegen die kurdische Bevölkerung wird berichtet. 2019 verhängte die Bundesregierung nach dem Einmarsch der Türkei in Syrien einen zeitweiligen Stopp für Rüstungsexporte, dagegen waren 2018 bei dem türkischen Angriff auf die syrische Region um Afrin weiterhin Genehmigungen erteilt worden, auch hier waren Bündnisverpflichtungen ein Grund.⁶⁵ Die Politischen Grundsätze vom Juli 2019 verweisen zwar darauf, dass Rüstungsexporte an NATO-Partner grundsätzlich nicht zu beschränken seien, es sei denn, dass aus besonderen politischen Gründen in Einzelfällen eine Beschränkung geboten ist.⁶⁶ Die Verweigerung von Genehmigungsbescheiden und Ablehnungen von Anfragen zeigen, dass die Bundesregierung durchaus von ihren Handlungsspielräumen Gebrauch macht, gerade wenn sich die innenpolitische Situation verändert. Andererseits werden Rüstungsexporte genehmigt, mit denen Kriegswaffen geliefert werden, die gegen die eigene Bevölkerung oder in Konflikten, beispielsweise in Syrien, zum Einsatz kommen.

Gerade auch die Türkei ist mit einer Vielzahl von Lizenzen und mit eigenen Produktionskapazitäten ausgestattet. Bereits in den frühen 1990er Jahren erhielt die Türkei Schnellboote und MEKO-Fregatten aus Deutschland. Verschiedene in Deutschland entwickelte Marineschiffe werden in der Türkei in Lizenz hergestellt, so beispielsweise U-Boote, Fregatten, Schnellboote und Minenjagdboote.⁶⁷ Im Jahr 2019 baute die Türkei das erste von sechs U-Booten mit deutscher Lizenz und unter maßgeblicher Beteiligung von Thyssen Krupp Marine Systems. Hierzu lieferte Deutschland Bauteile im Wert von 180 Millionen Euro. Außerdem verfügt die Türkei seit 1967 bzw. 1998 über Rechte zum Nachbau der Sturmgewehre G3 und HK 33 der Firma Heckler & Koch sowie über Lizenzen für den Nachbau der Maschinenpistole MP5 und für die Herstellung von Munition für Sturmgewehre und Maschinenpistolen.⁶⁸

1999 wurde der Türkei ein erster Leopard-2-Panzer zu Erprobungszwecken überlassen, gleichzeitig beantragte Genehmigungen für Haubitzenanteile wurden vom Bundessicherheitsrat unter dem Hinweis des möglichen Einsatzes gegen die Kurden, unter anderem auch auf nordirakischem Territorium, versagt.⁶⁹ 2004 entbrannte in Deutschland die Diskussion darüber, ob 300 bis 500 gebrauchte Panzer des Typs Leopard II aus Beständen der Bundeswehr der Türkei überlassen werden sollten.⁷⁰ Zeitgleich hatte sich die EU-Kommission positiv dazu geäußert, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zur Aufnahme in die Europäische Union zuzulassen. Kurz vor dem Ende ihrer Amtszeit bewilligte die damalige rot-grüne

Bundesregierung den Transfer von 298 überschüssigen Panzern des Typs Leopard II aus Bundeswehrbeständen in die Türkei.⁷¹ 2009 genehmigte die Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel 41 Leopard-2A4-Panzer für die türkischen Streitkräfte sowie 15 weitere Panzer als „Ersatzteilsponder“.⁷²

Überschüssige Kleinwaffen, beispielsweise aus Altbeständen der Nationalen Volksarmee (NVA), gingen ebenfalls in die Türkei.⁷³ Anfang der 1990er Jahre erhielt die Türkei 250.000 Kalaschnikow-Sturmgewehre, 5000 Maschinengewehre inklusive mehrerer hundert Millionen Schuss Munition, zudem 5000 Panzerfäuste des Typs RPG 7 und 250.000 Schuss Munition.⁷⁴ Im Jahr 2000 erteilte die Bundesregierung die Genehmigung für den Aufbau einer SS109 5.6mm Munitionsfabrik, die 2003 durch die Firma Fritz Werner Industrieausrüstungen realisiert wurde. Seit 2005 intensivierte sich der türkisch-kurdische Konflikt und forderte auf beiden Seiten Opfer. 2008 startete die türkische Armee erneut eine Offensive gegen die Kurden im Nordirak. Ein Überblick über die Waffenlieferungen zwischen 2000 und 2010 zeigt die Regelmäßigkeit und Intensität von Genehmigungen und Ausfuhren aus Deutschland.⁷⁵

Der gescheiterte Putschversuch von 2016, das harte Durchgreifen gegen die Gülen-Bewegung und andere Oppositionspolitiker sowie die Ankündigung des türkischen Präsidenten Recep Erdogan im Juli 2015, den Friedensprozess mit den Kurden für beendet zu erklären, fachten die Debatten in Deutschland um Waffenlieferungen an die Türkei erneut an. 2016 befand sich die Türkei auf Platz acht der wichtigsten Empfängerländer deutscher Rüstungsgüter.⁷⁶ Zwar beschied die Bundesregierung in diesem Jahr eine Reihe von Ablehnungen, genehmigte dann aber doch den Export von Kriegsschiffen, Flugzeugen, militärischer Elektronik sowie von Kleinwaffen. Allein die Genehmigungen von Bomben, Torpedos und Flugkörpern beliefen sich auf knapp 18 Millionen Euro.⁷⁷ Ein Jahr später zeichnete sich zwar ein deutlicher Rückgang ab, dennoch wurden auch weiterhin Kriegswaffen und Rüstungsgüter für das Land genehmigt.⁷⁸ 2019 zeigte sich beim türkischen Vormarsch in Syrien, dass deutsche Leopard-2A4-Panzer zum Einsatz kamen⁷⁹. Dies unterstreicht einmal mehr, dass einst gelieferte Kriegswaffen und Rüstungsgüter bei veränderter politischer Situation in bewaffneten Konflikten, aber auch gegen die eigene Bevölkerung zum Einsatz kommen können.⁸⁰

Vereinigte Arabische Emirate:

Einer der wichtigsten Abnehmer deutscher Rüstungsexporte bleiben auch die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), obwohl auch sie zur Jemen-Kriegskoalition gehören. Bis Ende der

1990er Jahre spielten die VAE eher eine geringe Rolle als Empfänger deutscher Rüstungsexporte. Dies änderte sich ab 2008, seitdem der Wert deutscher Rüstungsgüter regelmäßig im dreistelligen Millionenbereich lag.⁸¹ Auch die VAE beteiligten sich an den Luftschlägen gegen die Huthi-Milizen im Jemen, bei denen auch immer wieder zivile Ziele getroffen wurden. 2019 konnte das journalistische Recherchekollektiv #GermanArms aufdecken, dass Waffensysteme mit deutscher Technologie im Jemen zum Einsatz kamen, darunter beispielsweise Panzer mit MTU-Motoren, die mit einer deutschen Schutzpanzerung versehen waren.⁸² 2017 hatte die Bundesregierung Schutzplatten für Militärfahrzeuge der Firma Dynamit Nobel Defence im Wert von 125,84 Millionen Euro genehmigt.⁸³ Der Exportstopp, den die Bundesregierung gegenüber Saudi-Arabien verhängt hatte, wurde nicht auf die VAE ausgedehnt. In der Begründung des Exportmoratoriums für Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien wurden die VAE dann letztlich aber doch erwähnt. So wollte sich die Bundesregierung bei den europäischen Partnern von Rüstungsgemeinschaftskooperationen dafür einsetzen, dass keine Waffen aus dieser Produktion nach Saudi-Arabien und auch an die VAE geliefert werden.⁸⁴ Doch hatten westliche Staaten, unter ihnen auch Deutschland, die VAE über Jahre mit Kriegswaffen und Rüstungsgütern beliefert. Amnesty International berichtete darüber, dass die VAE ihrerseits Milizen im Jemen mit Panzerfahrzeugen, Mörsersystemen, Maschinengewehren und Pistolen versorgten.⁸⁵

Medienberichten zufolge sollen die VAE auch das UN-Waffenembargo gegen Libyen umgangen haben und Waffen an die Milizen von General Haftar geliefert haben.⁸⁶ Amnesty International berichtete immer wieder von Menschenrechtsverletzungen wie dem „Verschwindenlassen“ von Journalisten und Oppositionellen, Folter und Todesstrafen. Die Kriegsbeteiligung der VAE im Jemen, die Missachtung von UN-Sanktionen und die Menschenrechtsverletzungen sind allesamt Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes der EU – somit dürften eigentlich keine Rüstungsexporte an das Land genehmigt werden. Dennoch erhielten die VAE in den vergangenen Jahren immer wieder Genehmigungen für Klein- und Leichtwaffen sowie die dazugehörige Munition, für Panzerhaubitzen, gepanzerte Fahrzeuge, Minenjagdboote und Teile für Patrouillenboote oder Teile für ein Gefechtsübungszenrum.⁸⁷ Seit Beginn des Jemen-Konfliktes im Jahr 2015 haben die VAE Genehmigungen im Wert von mehr als 500 Millionen Euro erhalten.⁸⁸

3. Regionale Spannungen

Einige Politische Grundsätze dienen schon sehr lange als Richtschnur für Entscheidungen zu deutschen Rüstungsexporten, so beispielsweise, nicht in Spannungsgebiete zu liefern. Kriterium 4 des Gemeinsamen Standpunktes der EU betont die Notwendigkeit, Frieden, Sicherheit und Stabilität in der jeweiligen Empfängerregion aufrechtzuerhalten und dieses Kriterium als Beurteilungsgrundlage zu beachten. Der Benutzerleitfaden legt nahe, dass die Exportentscheidung davon abhängig gemacht werden sollte, ob das vorgesehene Empfängerland die Rüstungsgüter einsetzen will, um ein anders Land anzugreifen, einen eigenen Gebietsanspruch durchzusetzen oder auch nur mit einem Angriff zu drohen. Dagegen gilt es das in Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen verankerte Recht auf Selbstverteidigung abzuwägen, aber das Interesse des Landes zu berücksichtigen, „seine innere Sicherheit zu wahren“. Bei der Bewertung muss also berücksichtigt werden, ob ein „eindeutiges Risiko“ besteht, ob es eine Vorgeschichte eines bewaffneten Konfliktes gibt oder in der Region/Nachbarschaft Trends für eine eskalierende Konfliktsituation zu erkennen sind.⁸⁹ Für die Studie sind die Länder des Mittleren Ostens und Nordafrikas vor allem unter dem Kriterium 2 (Achtung von Menschenrechten und des humanitären Völkerrechts) sowie Kriterium 3 (Innere Lage) bewertet worden. Doch gerade die Region Mittlerer Osten befindet sich seit Jahrzehnten in einer beständigen Aufrüstungsspirale mit hohem Konfliktpotenzial, aber auch konkretem Konfliktgeschehen, wie der Einmarsch der Türkei in Syrien, aber auch der Krieg im Jemen zeigt. Auch hier sollte Kriterium 4 hinreichende Gründe für Ablehnungsbescheide ermöglichen. Tatsächlich finden sich in den Ablehnungsbescheiden der Bundesregierung oftmals der Hinweis auf Kriterium 4.

Auch die Regionen Südasien und Südostasien zählen zu den spannungs- und konfliktreichsten Regionen. Zwischen Indien und Pakistan kam es seit 1947 bereits dreimal zu bewaffneten Konflikten um die Region Kaschmir, zuletzt 1999. Beide Seiten beanspruchen Kaschmir als Teil ihres Territoriums – sowohl Pakistan als auch Indien verfügen über Nuklearwaffen. Aber auch jenseits dieses bewaffneten Konfliktes zwischen Indien und Pakistan kommt es in der Region Kaschmir regelmäßig zu Spannungen, die Tote und Verletzte fordern. Allein 2018 sind in der Region Jammu und Kaschmir, die von Indien verwaltet wird, bei gewaltsamen Protesten 76 Zivilisten von indischen Sicherheitskräften getötet worden.⁹⁰

Indien:

Indien gehört zu den wichtigsten Empfängerstaaten deutscher Kriegswaffen und sonstiger Rüstungsgüter – weltweit zählt das Land zu den größten Rüstungsimporteuren. Allein zwischen Januar 2017 und Juli 2019 erhielt das Land aus Deutschland Rüstungsgüter im Wert von mehr als 278 Millionen Euro.⁹¹ Unter den Entwicklungsländern lag Indien damit auf Platz zwei nach Ägypten.⁹² 2019 bewilligte der Bundessicherheitsrat die Ausfuhr von 72 Meteor-Gefechtsköpfen und dazugehörigen Triebwerken – die Luft-Luft-Rakete soll für die indische Luftwaffe sein. Die Genehmigung fiel ausgerechnet in die Zeit, in der die Auseinandersetzungen in der indisch verwalteten Region Jammu und Kaschmir erneut gewaltsam eskalierten.⁹³ Exportgenehmigungen für solche Krisenregionen bleiben hochproblematisch und dürften bei genauer Auslegung der Politischen Grundsätze und des Gemeinsamen Standpunktes der EU nicht erfolgen.

Obwohl die Bundesregierung in ihren Rüstungsexportberichten immer wieder Ablehnungen auf Grundlage von Kriterium 4 des Gemeinsamen Standpunktes der EU geltend macht, sind Kriegswaffen und Rüstungsgüter nach Indien genehmigt worden, unter anderem Panzer, Kriegsschiffe sowie 2012 beispielsweise auch Klein- und Leichtwaffen.⁹⁴ Indien gilt als schwieriger Kooperationspartner, zielt das Land doch darauf ab, eine eigenständige Rüstungsindustrie aufzubauen. Dementsprechend beziehen sich die deutschen Genehmigungen oft auf Zulieferungen wie Teile und Komponenten beispielsweise für U-Boote, Teile für Kampfpanzer oder Technologien für Grenzsicherungssysteme. Seit 2016 haben deutsche Rüstungsunternehmen Indien als Absatzmarkt verstärkt ins Visier genommen, was auch daran lag, dass die Bundesregierung mit der indischen Regierung in regelmäßige Regierungskonsultationen eingetreten ist – auch der Dialog in Sachen Verteidigung soll zwischen beiden Ländern intensiviert werden.⁹⁵

Neben den Spannungen und immer wieder eskalierenden Konflikten mit dem Nachbarn Pakistan und den Gewalteskalationen in der Region Jammu und Kaschmir kommt es auch im Inneren Indiens oftmals zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Moslems.⁹⁶ Amnesty International berichtet unter anderem über schwere Menschenrechtsverletzungen in Indien selbst, Streitkräfte und Polizisten sollen unter anderem an außergerichtlichen Hinrichtungen beteiligt gewesen sein.⁹⁷ Umso problematischer erscheint es, dass die Bundesregierung dennoch wiederholt Genehmigungen für Maschinengewehre und Maschinenpistolen erteilt hat.⁹⁸ Der Fall Mexikos zeigt, dass gerade Klein- und Leichtwaffen

oftmals in die Regionen eines Landes gelangen, in denen staatliche Sicherheitskräfte rechtsstaatliche Grundsätze missachten.⁹⁹

Israel:

Jede Bundesregierung hat die historische Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels betont, sie gilt als Teil der Staatsräson Deutschlands als Folge des Naziterrors und des Holocausts.¹⁰⁰ Und doch liegt Israel mitten im Spannungsgebiet des Nahen und Mittleren Ostens und ist im Dauerkonflikt mit arabischen Staaten und dem Iran, auch und gerade um die Anerkennung des Staates Israel. Das Dilemma zwischen dem Recht auf Selbstverteidigung des Landes nach Artikel 51 der UN-Charta und der Gefahr durch Rüstungsexporte dazu beizutragen, dass bestehende Konflikte gewaltsam eskalieren und diese Waffen auch eingesetzt werden, wird am Beispiel Israels besonders deutlich. 2019 griff Israel beispielsweise iranische Stellungen in Syrien an.¹⁰¹ 2006 antwortete Israel auf den andauernden Raketenbeschuss durch die schiitische Hisbollah-Miliz mit einem fünfwöchigen Krieg im Libanon.¹⁰² Jedoch bildet der israelisch-palästinensische Konflikt den Kern des Nahostkonfliktes. Im Mittelpunkt stehen Fragen von Landrechten, Grenzen und der Staatlichkeit zweier Nationen.

Das deutsche Selbstverständnis der historisch begründeten Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels kam bereits Mitte der 1950er Jahre zum Ausdruck, als deutsche Firmen begannen, Rüstungsgüter nach Israel zu liefern. Die Rüstungskooperation zwischen den beiden Ländern intensivierte sich zusehends. In Folge der deutschen Waffenlieferungen drohten arabische Staaten 1965 die diplomatischen Beziehungen abubrechen, so dass die Bundesrepublik fortan keine Kriegswaffen mehr an die verschiedenen Parteien liefern wollte und für sonstige Rüstungsgüter das Prinzip der Gleichbehandlung gelten sollte.¹⁰³ Im Fall Israels blieb es jedoch bei einer beständigen Rüstungskooperation, ohne dass diese jemals vertraglich formalisiert worden wäre. Der israelische Kampfpanzer Merkava verfügt beispielsweise seit den 1980er Jahren über dieselbe Technologie wie der deutsche Leopard-2-Panzer. Der Merkava-Panzer kam 2006 im Libanonkonflikt zum Einsatz.¹⁰⁴

In der ersten Hälfte der 1990er Jahre genehmigte die damalige Bundesregierung drei U-Boote der Dolphin-Klasse – sie wurden 1999 und 2000 ausgeliefert.¹⁰⁵ Bis 2012 wurden weitere drei U-Boote genehmigt. Im Haushaltsplan 2012 waren 135 Millionen Euro für die Finanzierung der U-Boote eingestellt, um rund ein Drittel der Kosten von insgesamt 400 Millionen Euro zu übernehmen.¹⁰⁶ Die Entscheidung für die U-Boote fiel in Kenntnis der Tatsache, dass Israel die

Kriegsschiffe auch mit Nuklearwaffen bestücken könnte und Deutschland somit zur israelischen Nuklearabschreckung beitragen könnte. Offiziell hat Israel seinen Status als Atommacht jedoch nie bestätigt. Deutschland hingegen ist Mitglied des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages (NVV) von 1968 und untergräbt damit die Glaubwürdigkeit des eigenen Status und Handelns als Nicht-Nuklearwaffenstaat.

Neben solchen Kriegswaffenexporten finden sich in einer Reihe israelischer Großwaffensysteme auch deutsche Komponenten, beispielsweise in Schnellbooten, Korvetten oder dem Merkava-Panzer.¹⁰⁷ Fertigungs-Knowhow für das deutsche Panzerfaust-3-Abschlussgerät wurde an Israel weitergegeben. Vor allem die Rüstungskooperation zwischen Deutschland und Israel hat sich in den vergangenen drei Jahrzehnten weiter intensiviert, sie unterliegt jedoch im hohen Maß der Geheimhaltung.¹⁰⁸ Die Zusammenarbeit beider Staaten soll sich etwa auf den Bereich der Forschung, Entwicklung und Erprobung von Waffensystemen erstrecken.¹⁰⁹ Die Beispiele oben zeigen, dass auch Technologie aus Deutschland an Israel weitergegeben wird, die dann in israelische Rüstungsprojekte einfließt.

Pakistan:

Pakistan zählt ebenfalls zu den größten Rüstungsimporteurs weltweit. Im Konflikt mit Indien über Kaschmir rüsten beide Seiten beständig weiter auf. Amnesty International berichtet aus Pakistan über eine Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen.¹¹⁰ Darüber hinaus gibt es in Pakistan diverse innerstaatliche Konflikte, unter anderem zwischen islamistischen Gruppierungen und der Regierung, aber auch religiöse Konflikte zwischen Sunniten und Schiiten. Diese Konflikte werden oftmals befeuert durch die unkontrollierte Proliferation von Klein- und Leichtwaffen, die aus dem Nachbarstaat Afghanistan nach Pakistan gelangen. Pakistan galt nach dem 11. September 2001 zudem als Rückzugsgebiet der Taliban. Der pakistanische Teil der Taliban bekannte sich im Dezember 2014 zu einem schweren Terroranschlag auf eine Armeeschule in Peschawar, bei dem über 150 Menschen, darunter 130 Schulkinder, ums Leben kamen.¹¹¹ Zusammengefasst zeigt dies, dass das Land sich nicht nur in einem dauerhaft schwelenden regionalen Konflikt mit dem Nachbarn Indien befindet, sondern dass auch die innere Lage des Landes extrem instabil ist. Nach den Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes der EU gäbe es also gleich mehrere Kriterien, die Rüstungsexporte nach Pakistan ausschließen.

Aus Deutschland erhielt das Land unter anderem Flugkörper und Teile für Torpedos oder auch Triebwerke für Hubschrauber und Teile für Kampfflugzeuge. Allein zwischen 1. Januar 2017 und Juli 2019 bewilligte die Bundesregierung Genehmigungen für Pakistan in Höhe von 247 Millionen Euro.¹¹² 2018 genehmigte die Bundesregierung Rüstungsgüter im Wert von rund 174 Millionen Euro, unter anderem für Seepatrouillen- und Torpedoflugzeuge, Flugzeuge, Hubschrauber, Kommunikationsausrüstung und Radaraufklärungssysteme sowie für Unterwasserortungsgeräte. Pakistan befand sich damit unter den Top Ten der wichtigsten Empfängerstaaten deutscher Rüstungsexporte.¹¹³

4. Das Risiko der unerlaubten Umleitung von Klein- und Leichtwaffen

Der Gemeinsame Standpunkt der EU betont in Kriterium 7 das Risiko der Abzweigung von Militärtechnologie und Militärgütern im Empfängerland wie auch das Risiko der Wiederausfuhr von Militärgütern. Klein- und Leichtwaffen sind besonders proliferationsrelevant, das heißt, aufgrund ihrer Beschaffenheit können sie einfach transportiert, geschmuggelt und weitergegeben werden. Legale, in staatlichem Besitz befindliche Kleinwaffen gelangen aufgrund unzureichend sicherer Lagerung oftmals in den illegalen Kreislauf, wie die Beispiele deutscher Rüstungsexportpolitik der Vergangenheit zeigen.

Afghanistan:

Deutschland beteiligte sich am Wiederaufbau Afghanistans im Rahmen der multinationalen ISAF-Mission mit Soldaten der Bundeswehr und Ausstattungshilfe. So sind nach Ende des UN-Waffenembargos im Jahr 2001 aus Deutschland Kriegswaffen und Rüstungsgüter genehmigt worden. 2005 und 2007 gab es beispielsweise Genehmigungen für Kleinwaffen, darunter waren auch 10.000 ausgemusterte Pistolen an die afghanischen Sicherheitskräfte aus Bundeswehrbeständen. Ein Teil dieser Pistolen tauchte auf afghanischen und pakistanischen Schwarzmärkten auf.¹¹⁴

Georgien:

Im Sommer 2008 tauchten illegal gelieferte G-36-Sturmgewehre im Georgien-Russland-Krieg auf.¹¹⁵ Die deutsche Bundesregierung hatte zu keinem Zeitpunkt Genehmigungen für diese Sturmgewehre erteilt, vielmehr hatte sie eine konkrete Anfrage über 230 G-36 Sturmgewehre der georgischen Regierung abgelehnt.¹¹⁶ Darum kam der Verdacht auf, dass diese Waffen ebenfalls aus einem nicht genehmigten Retransfer stammten. Anhand der Seriennummern hätte die Bundesregierung das Ursprungsland vermutlich herausfinden können. Eine Aufklärung ist jedoch nie erfolgt – trotz parlamentarischer Anfragen. Unbestätigten Vermutungen zufolge könnten die Waffen aus Genehmigungen und Exporten an die Vereinigten Staaten von Amerika stammen.¹¹⁷

Kolumbien:

Mehr als 38.000 Pistolen und Schusswaffen der Firma Sig Sauer sollen über den Umweg der Vereinigten Staaten von Amerika zwischen 2009 und 2012 in das Bürgerkriegsland Kolumbien gelangt sein – Genehmigungen von Seiten der Bundesregierung hatte es dafür keine gegeben.¹¹⁸ Der illegale Retransfer aus den Vereinigten Staaten nach Kolumbien führte 2019 zu einem Gerichtsverfahren vor dem Landgericht Kiel. Ein Geschäftsführer mit US-amerikanischer Staatsbürgerschaft der Firma wurde auf seiner Durchreise am Flughafen Frankfurt verhaftet und kam in Untersuchungshaft. Die Firma Sig Sauer hatte bewusst das Exportverbot umgangen und die Schusswaffen als Export in die Vereinigten Staaten deklariert. Dort wurden die Waffen direkt nach Kolumbien weiterverschifft. Das Gerichtsverfahren in Kiel endete schon am zweiten Tag mit einem „Verfahrensdeal“. Gegen ein umfangliches Schuldeingeständnis wären die drei Angeklagten mit Bewährungsstrafen und Sig Sauer mit dem vollständigen Bruttoumsatzeinzug von rund elf Millionen Euro verurteilt worden. Die Beklagten nahmen diesen Deal schlussendlich doch nicht an, sondern legten vielmehr Revision gegen das Urteil ein, so dass dieser Fall vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe entschieden werden muss.¹¹⁹

Libyen:

2011 fielen Rebellen bei ihrem Sturm auf eine Residenz Muhamad Gadhafis in Tripolis G-36-Sturmgewehre in die Hände, die angeblich schon seit 2005 im Land gewesen sein sollen. Die Bundesregierung hatte dafür keine Exportgenehmigung erteilt. Auf Nachfragen teilte die Firma Heckler & Koch mit, dass die Sturmgewehre wohl aus einem Export nach Ägypten stammen und von dort an den libyschen Diktator gelangt sein sollen. Wirklich aufgeklärt werden konnte

dieser Fall jedoch nie, was auch an den unzureichenden Markierungsstandards dieser Waffen gelegen habe dürfte – diese waren nämlich systematisch aus dem Polymergehäuse herausgefräst worden.¹²⁰

Mexiko:

Im Sommer 2006 erteilte der Bundessicherheitsrat Genehmigungen für den Export einer ersten Tranche von G-36-Sturmgewehren nach Mexiko. Sie waren allerdings an eine besondere Bedingung geknüpft: Heckler & Koch durfte die Sturmgewehre nicht in die vier Unruheprovinzen Chiapas, Chihuahua, Guerrero und Jalisco liefern. Bis 2009 genehmigte die Bundesregierung weitere Lieferungen von G-36 Sturmgewehren zur Ausrüstung der mexikanischen Polizei – insgesamt sollen bis zu 9.000 geliefert worden sein. Bereits 2007 erhielt Heckler & Koch Folgeaufträge für Ersatzteillieferungen, ebenfalls in Millionenhöhe. Dabei fielen Beamten des genehmigenden Bundesausfuhramtes in Eschborn (BAFA) Unstimmigkeiten in den Endverbleibserklärungen der Firma auf, da die Ersatzteile auch in die vier Unruheprovinzen gehen sollten, in die die Sturmgewehre ursprünglich aber niemals hätten geliefert werden dürfen.¹²¹ Schon 2006 prangerte Amnesty International zahlreiche Fälle von Waffenmissbrauch der mexikanischen Polizei gegen Oppositionelle an. Zudem ist die Polizei wiederholt mit Waffengewalt gegen Demonstranten vorgegangen.

Am 26. September 2014 schoss die Polizei in Iguala im Bundesstaat Guerrero auf Busse, in denen Demonstranten saßen, und tötete dabei sechs Studenten. Danach kesselten sie eine Studentengruppe ein, die anschließend von der Polizei an eine kriminelle Gang übergeben wurde. 43 dieser Studierenden wurden lange Zeit vermisst, bis ihre DNA-Spuren in einem Massengrab entdeckt wurden. Die mexikanischen Ermittler hatten bei Verhaftungen von Polizisten auch G-36-Sturmgewehre sichergestellt. In einem der überlebenden mexikanischen Studierenden, der seitdem im Koma liegt, wurde ein Projektil aus einem G-36 gefunden. Die Beweise reichten für eine Verurteilung von Heckler & Koch zu 3,6 Millionen Euro wegen illegaler Kleinwaffenexporte vor dem Landgericht Stuttgart. Gegenwärtig ist die Firma in Berufung, die Berufungsklage ist vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe noch anhängig.¹²² Das Stuttgarter Landgericht lehnte die Nebenklage von mexikanischen Hinterbliebenen der 43 verschwundenen Hinterbliebenen jedoch ab. 2015 widmete die ARD diesem Skandal deutscher Rüstungsexportpolitik einen Themenabend mit einem Spielfilm und einer Dokumentation, die rund vier Millionen Fernsehzuschauer sahen.¹²³ Auch die Abgeordneten des deutschen Bundestages setzten sich in einer aktuellen Fragestunde mit dem Fall Mexiko auseinander.¹²⁴

Nordirak:

Die Situation erschien dramatisch und erforderte von der Politik sofortiges Handeln. Mehr als 20.000 Jesidinnen und Jesiden hatten sich 2014 in das Sindschar-Gebirge im Nordirak geflüchtet und waren dort unmittelbar als religiöse Minderheit dem IS-Terror ausgesetzt und in akuter Lebensgefahr. Die Bundesregierung entschied sich in dieser Ausnahmesituation dafür, gebrauchte Waffen, Munition und Ausrüstung aus Bundeswehrbeständen an die kurdischen Peschmerga im Nordirak zu liefern, damit diese die eingekesselten Jesiden befreien. Letztlich wurden die Jesiden von Kämpfern PKK-naher Milizen befreit, die in Deutschland als Terrorgruppe gelistet ist. Ab Februar 2015 entschied sich die Bundesregierung für weitere Waffen- und Munitionslieferungen. Jetzt war nicht mehr die Rede von einer Not- und Ausnahmesituation und davon, Verbrechen gegen die Menschlichkeit mit allen Mitteln verhindern zu müssen. Vielmehr wurden die neuen Tranchen an Waffen und Munition aus Bundeswehrbeständen damit begründet, dass die irakisch-kurdische Regionalregierung im Kampf gegen den Terror des „Islamischen Staates“ unterstützt werden müsse.¹²⁵

Deutsche Medien berichteten wiederholt von den Menschenrechtsverletzungen, die Sicherheitskräfte der kurdischen Regionalregierung an Regierungskritikern verübten, auch kritische Journalisten sollen getötet worden sein.¹²⁶ Bis zu 80 Klein- und Leichtwaffen aus den Bundeswehrbeständen sollen zudem auf den Schwarzmärkten in Erbil aufgetaucht sein, da die Bestände offenbar unzureichend gesichert waren.¹²⁷ Die Situation spitzte sich weiter zu, als die Kurden im Nordirak im September 2017 ihre Unabhängigkeit per Referendum beschlossen und dabei auch Gebiete miteinbezogen, die sie seit 2014 besetzt hielten, etwa die Stadt Kirkuk und die erdölsreiche Region in der Nähe.¹²⁸ Das Unabhängigkeitsreferendum und die territoriale Expansion der Kurden im Nordirak veranlassten die irakische Zentralregierung zu einem militärischen Vorgehen in und um Kirkuk. Die kurdischen Peschmerga setzten bei Gefechten auch Milan-Panzerabwehrwaffen ein, die sie zuvor aus Deutschland geliefert bekommen hatten.¹²⁹ Auch dieser Fall dokumentiert die besondere Gefahr von Rüstungsexporten und sogenannten Ausstattungshilfen, die beide leicht zur unkontrollierten Weiterverbreitung von Klein- und Leichtwaffen beitragen können.

5. Einhaltung internationaler Verpflichtungen, wie Waffenembargos oder internationale Verträge

Kriterium 1 des Gemeinsamen Standpunktes von 2008 betont die Einhaltung internationaler Verpflichtungen durch die EU-Mitgliedsstaaten, insbesondere von UN-, OSZE- oder EU-Sanktionen sowie Verpflichtungen, die aus internationalen Verträgen, etwa des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages (NVV), der Chemie- oder Biowaffenkonvention oder des internationalen Waffenhandelsvertrages (ATT) resultieren. Obwohl in der deutschen Rüstungsexportpolitik den Embargos ein hoher Stellenwert beigemessen wird, gibt es vereinzelt Fälle, die zeigen, dass deutsche Technologie, deutsches Knowhow, aber auch Dual-use-Güter in Drittstaaten gelangen, obwohl sie gegen Embargos oder bestehende Rüstungskontrollverträge verstoßen. Prominentes Beispiel ist der Irak in den 1980er Jahren, als deutsche Firmen Produktionsstätten und Technologien lieferten, die dem Irak unter Saddam Hussein dazu verhalfen, chemische Kampfstoffe zu entwickeln und herzustellen und seine Ambitionen auf Nuklearwaffen zu unterstützen.¹³⁰

Eine Oxfam-Studie zur Durchlässigkeit von UN-Waffenembargos nennt auch Deutschland als eines der Herkunftsländer von Kriegswaffen und Rüstungsgüter, die in Embargoländer gelangt sind.¹³¹

China:

Im Fall von China hat das Bundesausfuhramt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle in Eschborn (BAFA) mit einem sogenannten Nullbescheid bescheinigt, dass der Exporteur keine Genehmigung für die Ausfuhr des Gutes benötigt. Bei Motoren für Panzer und für Kriegsschiffe werden diese Güter auf der Basis solcher Nullbescheide ausgeführt.¹³² So finden sich Motoren des deutschen Herstellers MTU etwa in chinesischen Kriegsschiffen, obwohl gegenüber China weiterhin ein EU-Waffenembargo besteht.

6. Rüstungsexporte in Entwicklungsländer

Kriterium 8 des Gemeinsamen Standpunktes der EU fordert die rüstungsexportierenden Mitgliedsstaaten auf, die technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Empfängerstaaten zu berücksichtigen. Gleichzeitig wird das Recht von Staaten auf die

Gewährleistung ihrer Sicherheits- und Verteidigungsbedürfnisse betont. Deutsche Rüstungsexporte sind in der Vergangenheit wiederholt für Staaten genehmigt worden, die zu den am wenigsten entwickelten zählen, beispielsweise Afghanistan oder Länder mit niedrigem mittleren Einkommen wie Pakistan, Indien, Indonesien oder Ägypten.¹³³ Zu diesen Ländern zählt beispielsweise auch Nigeria, dessen innere Lage und Stabilität zusätzlich durch den Konflikt mit der Terrorgruppe Boko Haram gefährdet ist. Völkerrechtliche Verbrechen und schwere Menschenrechtsverletzungen sind sowohl auf Seiten des nigerianischen Militärs wie auch durch Boko Haram zu beklagen. Neben Kriterium 8 gibt es im Fall von Nigeria weitere Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes der EU, die zu einer Ablehnung führen sollten.

Dennoch erhielt Nigeria beispielsweise 1999 Teile für Flugzeuge im Wert von 60 Millionen Euro. In den Folgejahren dokumentieren die Rüstungsexportberichte vor allem deutsche Genehmigungen für Geländewagen.¹³⁴ 2008 kamen bei einem Terrorangriff in Port Harcourt 18 Zivilisten ums Leben, die Angreifer waren mit G-3-Sturmgewehren bewaffnet, die aus britischer Lizenzproduktion des deutschen Waffensystems stammten.¹³⁵ Bei Unruhen in Kenia starben 2008 44 Zivilisten. Die kenianischen Sicherheitskräfte verfügten ebenfalls über G-3-Sturmgewehre, die ebenfalls aus ehemaliger britischer Lizenzproduktion stammten.¹³⁶ Die Beispiele sollen verdeutlichen, dass für zahlreiche Drittstaaten auch das Kriterium der Entwicklungsfähigkeit dazu führen sollte, Rüstungsexporte aus Deutschland nicht zu genehmigen.

7. Rüstungskoooperation, Technologietransfer und Tochterfirmen in Drittstaaten

Zwei Trends lassen sich in der deutschen Rüstungsexportpolitik festmachen, die ebenfalls dazu führen, dass Kriegswaffen und Rüstungsgüter in umstrittene Drittstaaten gelangen: Die Europäisierung und Internationalisierung von Rüstungsproduktion. Rüstungskoooperationen mit EU-/NATO-Staaten sollten vom Prinzip her unproblematisch sein, doch zeigt sich beispielsweise in der europäischen Kooperation mit Frankreich und Großbritannien, dass Rüstungsgüter aus solchen Gemeinschaftsprojekten ebenfalls an umstrittene Drittstaaten wie etwa Saudi-Arabien geliefert werden. Prinzipiell gelten bzw. galten auch für Frankreich und Großbritannien bis zum EU-Austritt im Januar 2020 die Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes der EU von 2008. Großbritannien hat Kampffjets des Typs Eurofighter Typhoon nach Saudi-Arabien geliefert, obwohl das Empfängerland Krieg im Jemen mit diesen

Waffensystemen führt.¹³⁷ Die Firmen Airbus und MTU Friedrichshafen sind ebenfalls an der Herstellung des Kampffjets beteiligt. Auch Beispiele aus der Vergangenheit zeigen, dass deutsche Rüstungsfirmen auf ausländische Partner, Tochterfirmen oder Lizenzproduktionen setzen, um eventuelle Verweigerungen deutscher Genehmigungen auf diese Weise zu umgehen. So sind in den frühen 1990er Jahren G-3-Sturmgewehre aus britischer Lizenzproduktion nach Serbien geliefert worden, die im Bosnienkrieg zum Einsatz kamen.¹³⁸

Am Beispiel der Herstellung und dem Transfer von Munition lässt sich im Fall der Firma Rheinmetall ein wachsender Trend zur Internationalisierung von Rüstungsproduktion feststellen.¹³⁹ Das Unternehmen kauft und modernisiert seit geraumer Zeit Munitionshersteller im Ausland. Im Fall von Saudi-Arabien baute Rheinmetall Denel Südafrika eine ganze Munitionsfabrik auf.¹⁴⁰ Solche Tochter- und Gemeinschaftsfirmen haben wiederholt Munition an umstrittene Drittstaaten geliefert, etwa RWM Italia MK-Bomben nach Saudi-Arabien, die ebenfalls im Jemenkrieg zum Einsatz kamen. Am 8. Oktober 2016 wurden bei einem Luftangriff der Jemen-Kriegskoalition sechs Zivilisten in ihrem Haus getötet, obwohl sich kein strategisches Kriegsziel in der Nähe befand.¹⁴¹ Die sichergestellten Bombenfragmente stammten aus der Produktion von RWM Italia. Vier Nicht-Regierungsorganisationen haben im April 2018 Strafanzeige vor einem Gericht im Rom gestellt.¹⁴²

Rheinmetall sondierte bis 2019 Pläne zur möglichen Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens mit dem türkischen Partner BMC zum Bau einer Panzerfabrik – die Nachrüstung der Leopard-Panzer aus deutschen Lieferungen sollte dabei zunächst zum Schlüsselprojekt werden. Daneben sollte aber auch Personal gefunden und ausgebildet werden, um künftig eigene Kampfpanzer in der Türkei zu produzieren.¹⁴³ Inzwischen ist aber nur noch die Rede von der möglichen Nachrüstung von bis zu 350 Leopard-Panzern. Die Rüstungskoooperation zum Bau einer Panzerfabrik scheint dagegen von Rheinmetall nicht mehr in Erwägung gezogen zu werden.¹⁴⁴ Diese Beispiele von Rüstungskoooperationen, der Gründung von Tochterfirmen in Drittstaaten und deutschem Technologie- und Knowhow-Transfer offenbaren Regelungslücken in der deutschen Rüstungsexportgesetzgebung und in den dazugehörigen Verfahren. Diese betreffen den Export von technischer Unterstützung und Knowhow sowie die Kontrollmöglichkeiten bei Investitionen deutscher Rüstungsunternehmen in den Aufbau ausländischer Produktionskapazitäten. Diese Regelungslücken sind auch nach der Überarbeitung der Politischen Grundsätze vom Juli 2019 nicht geschlossen worden.¹⁴⁵

8. Schlussfolgerungen: Die Muster deutscher Rüstungsexportpolitik

Der Blick auf 30 Jahre deutsche Rüstungsexportpolitik macht deutlich, dass die deutsche Rüstungsexportkontrolle aus einer Vielzahl von Regeln, Normen und Verfahren besteht. Diese wurden über die Jahrzehnte verändert und angepasst und zudem um europäische Regeln wie den Gemeinsamen Standpunkt der EU sowie um internationale Verträge wie den internationalen Waffenhandelsvertrag ergänzt. Trotz dieses dichten, aber auch komplizierten Normengeflechts gelangten Kriegswaffen und Rüstungsgüter an umstrittene Drittstaaten, auch weil es auf europäischer und internationaler Ebene keine Sanktionsmöglichkeiten gibt und sie auch in Deutschland sehr begrenzt sind. Legt man die Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes der EU für die Bewertung von 30 Jahren deutscher Rüstungsexportpolitik zugrunde, dann hat Deutschland wiederholt gegen die Kriterien verstoßen.

Die deutschen Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgüter betonen, dass Rüstungsexporte an Drittstaaten restriktiv gehandhabt werden sollen. Der Export von Kriegswaffen wird nicht genehmigt, es sei denn besondere außen- und sicherheitspolitische Interessen oder Bündnisverpflichtungen sprechen dafür. Diese Grundsätze verlangen nach einer prinzipiellen Begründung solcher außen- und sicherheitspolitischen Interessen. Trotz des prinzipiellen Friedensgebots im Grundgesetz in Artikel 26 Abs. 1 exportiert Deutschland Kriegswaffen und Rüstungsgüter an umstrittene Drittstaaten. Rüstungsexporte an Drittstaaten aus Deutschland sind zum Regelfall geworden – in den vergangenen zehn Jahren gingen wiederholt bis zu 60 Prozent deutscher Kriegswaffen und Rüstungsgüter an Drittstaaten.

Die Studie dokumentiert zwei Arten von Fällen: 1. Kriegswaffen und Rüstungsgüter gelangen in problematische Drittstaaten, werden aber nicht unmittelbar eingesetzt; 2. Kriegswaffen und Rüstungsgüter gelangen aber auch in Staaten, die mit deutschen Waffen Krieg führen, oder in Staaten, die diese Waffen unzureichend kontrollieren, so dass diese Waffen auf den Schwarzmarkt gelangen und in einem Konflikt im Nachbarstaat zum Einsatz kommen. Die deutsche Rüstungsexportpolitik ist geprägt von einem Wechselspiel aus Genehmigungen, Ablehnungen und dem Aussetzen von Genehmigungsentscheidungen. Die Fälle Saudi-Arabiens und der Türkei stehen nahezu paradigmatisch für die widersprüchliche Rüstungsexportpolitik Deutschlands. Rüstungsk Kooperationen mit anderen EU-Staaten wie im Fall des Eurofighter Typhoon sind zudem eine weitere Option, wie deutsche Zulieferungen und Komponenten in Kriegswaffen und Rüstungsgütern in umstrittene Drittstaaten gelangen. Das

Risiko des Retransfers und der unerwünschten Weiterleitung ist insbesondere bei Rüstungsexporten von Klein- und Leichtwaffen hoch, wie Kapitel vier dokumentiert.

Deutschland genehmigt und exportiert Kriegswaffen und Rüstungsgüter in Kriegs- und Krisenländer, in Staaten mit Menschenrechtsverletzungen und in Spannungsregionen. Gerade dort tragen auch deutsche Rüstungsexporte dazu bei, die Rüstungsdynamik anzuheizen und erhöhen so das Risiko, dass vorhandene Konflikte eskalieren und gewaltsam ausgetragen werden. Wichtigster Abnehmer deutscher Rüstungsexporte bleiben die Staaten der MENA-Region, aber auch Süd(ost)asien und Südamerika waren und sind Empfängerländer deutscher Rüstungsgüter. Seit 2015 tobt im Jemen ein Krieg, in dem vor allem die Zivilbevölkerung leidet. Die Luftschläge gegen zivile Ziele durch die Mitglieder der Jemen-Kriegskoalition und die Seeblockaden verletzen zentrale Kriterien des humanitären Völkerrechts, wie die der Verhältnismäßigkeit und Unterscheidung zwischen Zivilpersonen und Kombattanten.¹⁴⁶ Die Kriegswaffen und Rüstungsgüter, die im Jemenkonflikt zum Einsatz kommen, stammen auch aus Deutschland.

Deutschland hat in der Vergangenheit immer wieder Klein- und Leichtwaffen, auch aus Altbeständen der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee, in Drittstaaten exportiert. Mit den überarbeiteten Politischen Grundsätzen für den Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern hat die Bundesregierung im Juli 2019 beschlossen, grundsätzlich keine Klein- und Leichtwaffen mehr für Drittstaaten zu genehmigen und dorthin zu exportieren. Inwieweit das „grundsätzlich“ dann aber doch in Form von Ausnahmen ausgelegt wird, muss sich erst in der deutschen Rüstungsexportpraxis der kommenden Jahre zeigen. Die Beispiele der Studie dokumentieren, wie schnell Rüstungsexporte und Ausstattungshilfen wie Klein- und Leichtwaffen in den illegalen Kreislauf und auf den Schwarzmarkt gelangen. Weltweit werden immer noch mehr Klein- und Leichtwaffen produziert als derzeit vernichtet werden.¹⁴⁷ Eine gewichtige Regelungslücke bleibt das Thema der Munition, denn die Waffen werden erst mit ihrer Bestückung mit Munition tödlich – die überarbeiteten Politischen Grundsätze vom Juli 2019 haben das Thema Munition bislang ausgeklammert.

Munition spielt aber nicht nur für die Funktionsfähigkeit von Klein- und Leichtwaffen eine Rolle, sondern auch als ein breites Spektrum für Land-, See- und Luftstreitkräfte beispielsweise in Form von Munition für Panzer, Haubitzen, Artilleriewaffen oder als Schiffsgeschütze. Gerade am Thema der Munitionsproduktion lässt sich ein weiteres Muster deutscher Rüstungsexportpolitik erkennen, nämlich die Inkaufnahme eines Trends zur Internationalisierung deutscher Rüstungsunternehmen. Joint-Ventures wie das der Firma

Rheinmetall in Südafrika, die mit der Übernahme von Denel einen neuen Standort gründete, zielen auch darauf ab, die konflikt- und spannungsträchtigen Länder der MENA-Region, Lateinamerikas und Süd(ost)asiens mit Munition zu versorgen. Bomben der Firma RWM Italia kamen im Jemenkonflikt zum Einsatz und töteten eine sechsköpfige Familie. Die Regelungslücken in den Verfahren deutscher Rüstungsexportpolitik im Hinblick auf Technologie- und Knowhow-Transfer sowie bei Investitionen deutscher Rüstungsunternehmen in ausländische Firmen gilt es zu schließen. Das ließe sich über die Verabschiedung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes erreichen, mit dem aus dem Normengeflecht in der deutschen Rüstungsexportpolitik ein einheitliches und rechtlich verbindliches Gesetz geschaffen werden könnte.¹⁴⁸ Rüstungsexporte haben eine lange Halbwertszeit – die Beispiele dieser Studie zeigen, dass die Exporte von einst auch viele Jahre später dramatische Auswirkungen haben können, wenn sich die politische Situation im Empfängerland so ändern, dass die aus Deutschland gelieferten Waffen eingesetzt werden, um Krieg zu führen, Protestbewegungen gewaltsam niederzuschlagen oder Menschenrechte zu verletzen.

Endnoten

¹ Diese Studie wurde durch wissenschaftliche Recherche und Mitarbeit von Lara Bardelle, Viola Niemack, Nicolas Schiller und Lisa Waldheim unterstützt.

² Vgl. Bundesministerium der Verteidigung (2019): Bundessicherheitsrat (BSR), 21.01.2019, <https://www.bmvg.de/de/bundessicherheitsrat-bsr--14556>. [letzter Zugriff: 27.02.2020]

³ Drittstaaten sind diejenigen Staaten, die nicht Mitglieder der Europäischen Union oder der NATO sind, und ihnen politisch auch nicht gleichgestellt sind, wie Australien, Japan, Neuseeland oder die Schweiz.

⁴ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019c): Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern, https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/P-R/politische-grundsaeetze-fuer-den-export-von-kriegswaffen-und-sonstigen-ruestungsguetern.pdf?__blob=publicationFile&v=4. [letzter Zugriff: 20.02.2020], Art. 1, S.6.

⁵ Vgl. ebd.: Art. 2, S.6.

⁶ Rüstungsexport-Info (o.J.): Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern (16. Juni 1971), http://ruestungsexport-info.de/fileadmin/media/Dokumente/R%C3%BCstungsexporte___Recht/Politische_Grunds%C3%A4tze/Politische-Grundsaeetze-1971.pdf. [letzter Zugriff: 25.02.2020]

⁷ Die verschiedenen Versionen der Politischen Grundsätze finden sich unter <http://ruestungsexport-info.de/ruestung-recht/politische-grundsaeetze.html>

⁸ Im Wortlaut von Art. 29 EUV heißt es, dass die Mitgliedsstaaten dafür Sorge tragen, dass ihre einzelstaatliche Politik mit den Standpunkten der Union im Einklang steht. In der deutschen Rüstungsexportpolitik finden sich die Regeln des Gemeinsamen Standpunktes der EU auch in den Kriterien der Politischen Grundsätze nach ihrer Überarbeitung von 2000 wieder.

⁹ Vgl. Grebe, Jan/ Roßner, Sebastian (2013): Parlamentarische Kontrolle und Transparenz von Rüstungsexporten, https://www.bicc.de/uploads/tx_bicctools/Studie_Ruestungsexportkontrolle.pdf. [letzter Zugriff: 25.02.2020].

¹⁰ Vgl. Amtsblatt der Europäischen Union (2008): Gemeinsamer Standpunkt 2008/944/GASP des Rates vom 08. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern, <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32008E0944:DE:HTML>. [letzter Zugriff: 13.02.2020].

¹¹ Dass die deutschen Politischen Grundsätze weitergehend sind als der Gemeinsame Standpunkt der EU von 2008 zeigt auch der Vergleich beider Instrumente durch den Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages. Siehe dazu: Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag (2018): Vergleich der Rüstungsexportgrundsätze der Bundesregierung mit dem Gemeinsamen Standpunkt der EU zu Rüstungsexporten, 21.11.2018, WD 2 - 3000 - 158/18, <https://www.bundestag.de/resource/blob/586192/721738d3f205b2eba6986749bc818620/WD-2-158-18-pdf-data.pdf>. [letzter Zugriff: 25.02.2020].

¹² Vgl. Council of the European Union (2015): User's Guide to Council Common Position 2008/944/CFSP defining common rules governing the control of exports of military technology and equipment, in: 6901/1/15 REV 1 COARM 53 PESC 245, <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10858-2015-INIT/en/pdf>. [letzter Zugriff: 25.02.2020]; sowie Rat der Europäischen Union (2008): Benutzerleitfaden zum EU-Verhaltenskodex für Waffenausfuhren, in: 7486/08, PESC 319, COARM 20, <https://www.bits.de/public/documents/Ruestungsexport/leitfadenst07486.de08.pdf>. [letzter Zugriff: 25.02.2020].

¹³ Vgl. Campaign against Arms Trade o.J.: EU Arms Export. EU-Waffenexporte, <https://www.caat.org.uk/resources/export-licences-eu/licence.de.html?source=Germany&destination=Egypt>. [letzter Zugriff: 13.02.2020].

¹⁴ Vgl. Gebauer, Matthias/Traufetter, Gerald (2019): Bundesregierung billigt Kriegsschiff-Lieferung an Ägypten, 02.01.2019, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/ruestung-bundesregierung-billigt-kriegsschiff-export-an-aegypten-a-1246131.html>. [letzter Zugriff: 13.02.2020].

¹⁵ Vgl. Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2008): Rüstungsexportbericht 2008 der GKKE, Schriftenreihe der GKKE 47, Bonn/Berlin 2008, S. 39; sowie Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2011): Rüstungsexportbericht 2010 der GKKE, Schriftenreihe der GKKE 54, Bonn/Berlin 2011, S.54.

¹⁶ Vgl. Bonn International Center for Conversion (2019a): Ägypten Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte, in: BICC \ LÄNDERBERICHT 12 \ 2019, http://www.ruestungsexport.info/user/pages/04.laenderberichte/aegypten/2019_Aegypten.pdf. [letzter Zugriff: 25.02.2020].

¹⁷ Vgl. Der Spiegel (2013): Ägypten-Krise. Merkel plädiert für Stopp von Waffenexporten, 18.08.2013, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/aegypten-merkel-will-mit-waffenexport-stopp-druck-machen-a-917234.html>. [letzter Zugriff: 25.02.2020].

¹⁸ Vgl. Brössler, Daniel (2013): Transportpanzer für Ägypten. Beihilfe zur Unterdrückung, 19.08.2013, <https://www.sueddeutsche.de/politik/panzer-fuer-aegypten-beihilfe-zur-unterdrueckung-1.1749779>. [letzter Zugriff: 13.02.2020].

¹⁹ Vgl. Nassauer, Otfried (2012): U-Boote für Ägypten, 15.09.2012, https://www.bits.de/public/unv_a/original-150912.htm. [letzter Zugriff: 28.02.2020]; sowie: Focus (2012): U-Boot-Deal mit Ägypten wird zum Politikum, 06.09.2012, https://www.focus.de/politik/deutschland/deutscher-ruestungsexport-erzuernt-israel-u-boot-deal-mit-aegypten-wird-zum-politikum_aid_814034.html. [letzter Zugriff: 25.02.2020].

²⁰ Vgl. Friedrichs, Hauke (2018): Rüstungsindustrie. Schweres Gerät für einen guten Kunden, 31.12.2018, <https://www.zeit.de/politik/2018-12/ruestungsindustrie-transportpanzer-algerien-produktion-rheinmetall/komplettansicht>. [letzter Zugriff: 13.02.2020].

²¹ Vgl. Bonn International Center for Conversion (2019b): Algerien Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte, in: BICC \ LÄNDERBERICHT 12 \ 2019, http://www.ruestungsexport.info/user/pages/04.laenderberichte/algerien/2019_Algerien.pdf. [letzter Zugriff: 25.02.2020].

²² Vgl. Handelsblatt (2011): Grenzsicherung. Deutschland gibt Rüstung für Algerien frei, 03.07.2011, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/grenzsicherung-deutschland-gibt-ruestung-fuer-algerien-frei/4352684.html?ticket=ST-2060846-PfzIa0pBxasjAhyodLSc-ap3>. [letzter Zugriff: 13.02.2020].

²³ Vgl. Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2012): Rüstungsexportbericht 2011 der GKKE, Schriftenreihe der GKKE 56, Bonn/Berlin 2012; sowie Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2015): Rüstungsexportbericht 2014 der GKKE, Schriftenreihe der GKKE 60, Bonn/Berlin 2015, S.90.

²⁴ Vgl. Nkala, Oscar (2015): Algerian Army takes delivery of 200 Mercedes vehicles, 09.01.2015, <https://www.defenceweb.co.za/land/land-land/algerian-army-takes-delivery-of-200-mercedes-vehicles/?catid=50%3ALand&Item>. [letzter Zugriff: 25.02.2020]

²⁵ Vgl. Gebauer, Matthias (2019): Rüstungsexporte. Regierung genehmigt Waffenlieferungen nach Indien und Algerien, 03.09.2019, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/ruestungsexporte-regierung-genehmigt-waffenlieferungen-nach-indien-und-algerien-a-1285044.html>. [letzter Zugriff: 13.02.2020]

²⁶ Vgl. Bonn International Center for Conversion (2019c): Brasilien Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte, in: BICC \ LÄNDERBERICHT 12 \ 2019, http://www.ruestungsexport.info/user/pages/04.laenderberichte/brasilien/2019_Brasilien.pdf. [letzter Zugriff: 25.02.2020]

²⁷ Vgl. Cascais, Antonio (2014): Weltmeister: Deutsche Waffen-Industrie verdient prächtig mit der Fußball-WM, 03.06.2014, <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/06/03/weltmeister-deutsche-waffen-industrie-verdient-mit-fussball-wm/>. [letzter Zugriff: 20.02.2020]

-
- ²⁸ Vgl. Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2003): Rüstungsexportbericht 2003 der GKKE, Schriftenreihe der GKKE 34, Bonn/Berlin 2004, S.33; sowie Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (1999): Rüstungsexportbericht 1998 der GKKE, Bonn/Berlin 1999, S.18-20.
- ²⁹ Vgl. Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2000): Rüstungsexportbericht 1999 der GKKE, Bonn/Berlin 2000, S.4; sowie Friedrichs, Hauke (2013): Panzer-Deals: Im Land der unbegrenzten Rüstungsexporte, 08.05.2013, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-05/waffenexport-ruestungsexportpolitik-indonesien>. [letzter Zugriff: 20.02.2020].
- ³⁰ Vgl. Deutscher Bundestag (1996a): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Angelika Beer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN — Drucksache 13/5153 — Militärfachliche Beurteilung bei Rüstungsexporten nach Indonesien, 13.08.1996, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/13/054/1305412.pdf>. [letzter Zugriff: 20.02.2020]; sowie Deutscher Bundestag (1996b): Plenarprotokoll 13/131. Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht. 131. Sitzung, 17.10.1996, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/13/13131.pdf>. [letzter Zugriff: 20.02.2020].
- ³¹ Vgl. Gebauer, Matthias/Nassauer Otfried (2013): Umstrittener Rüstungsdeal. Berlin genehmigt Verkauf von 164 Panzern nach Indonesien, 07.05.2013, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/leopard-2-regierung-genehmigt-verkauf-von-panzern-nach-indonesien-a-898650.html>. [letzter Zugriff: 13.02.2020].
- ³² Vgl. Deutscher Bundestag (2012): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Katja Keul, Viola von Cramon-Taubadel, Beate Walter-Rosenheimer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/10378 – Verkauf von Leopard II-Kampfpanzern an Indonesien, 23. 08. 2012, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/17/105/1710520.pdf>. [letzter Zugriff: 20.02.2020].
- ³³ Vgl. Grebe, Jan/ Roßner, Sebastian (2013): Parlamentarische Kontrolle und Transparenz von Rüstungsexporten, https://www.bicc.de/uploads/tx_bicctools/Studie_Ruestungsexportkontrolle.pdf. [letzter Zugriff: 25.02.2020], S.16.
- ³⁴ Vgl. Aufschrei-Waffenhandel (o.J.): Deutsche Rüstungsexporte nach Katar, <https://www.aufschrei-waffenhandel.de/daten-fakten/empfaengerlaender/katar/>. [letzter Zugriff: 13.02.2020].
- ³⁵ Vgl. Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2015): Rüstungsexportbericht 2014 der GKKE, Schriftenreihe der GKKE 60, Bonn/Berlin 2015, S.57.
- ³⁶ Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2016b): Rüstungsexportbericht 2016 der GKKE, Bonn/Berlin 2016, S.42. sowie Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2017a): Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan van Aken, Christine Buchholz, Annette Groth u. a. der Fraktion DIE LINKE Betr.: „Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien 2015 und 2016“ BT-Drucksache: 18/11090, 07.03.2017, https://www.bmw.de/Redaktion/DE/Parlamentarische-Anfragen/2017/18-11090.pdf?__blob=publicationFile&v=4. [letzter Zugriff: 20.02.2020].
- ³⁷ Vgl. Krüger, Paul-Anton/Mascolo, Georg (2015): Deutsche Waffenexporte. In Jemen kämpfen Soldaten von Deutschland Panzerkunden Katar, 12.11.2015, <https://www.sueddeutsche.de/politik/deutsche-panzergeschaefte-die-katar-connection-1.2734097>. [letzter Zugriff: 13.02.2020].
- ³⁸ Vgl. Hickmann, Christoph/Mascolo, Georg (2015): Waffenexporte. Deutschland liefert Kampfpanzer nach Katar, 22.10.2015, <https://www.sueddeutsche.de/politik/waffenexporte-deutschland-liefert-kampfpanzer-nach-katar-1.2703573>. [letzter Zugriff: 13.02.2020].
- ³⁹ Vgl. Deutscher Bundestag (2015e): Plenarprotokoll 18/136. Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht 136. Sitzung, 12.11.2015, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/18/18136.pdf#Page=106>. [letzter Zugriff: 20.02.2020].
- ⁴⁰ Vgl. Tillack, Hans-Martin/Bettoni, Margherita/Richter, Frederik (2017): Panzer für den Emir, 29.06.2017, <https://correctiv.org/aktuelles/wirtschaft/2017/06/29/panzer-fuer-den-emir>. [letzter Zugriff: 13.02.2020].
- ⁴¹ Vgl. Hegmann, Gerhard (2017): Katars Kampffjet-Deal offenbart Gleichgültigkeit des Westens, 11.12.2017, <https://www.welt.de/wirtschaft/article171479987/Katars-Kampffjet-Deal-offenbart-Gleichgueltigkeit-des-Westens.html>. [letzter Zugriff: 13.02.2020].

-
- ⁴² Vgl. Welt (2011): Saudi-Arabien – „Ein Stabilitätsanker in der Region“, 09.07.2011, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article13476959/Saudi-Arabien-Ein-Stabilitaetsanker-in-der-Region.html>. [letzter Zugriff: 14.02.2020]; sowie Reuters (2012): Streit um Waffenexporte – Bundesregierung lobt Saudis, 03.12.2012, <https://de.reuters.com/article/deutschland-saudi-arabien-rstung-zf-idDEBEE8B202Z20121203>. [letzter Zugriff: 14.02.2020].
- ⁴³ Vgl. ZEIT ONLINE (2018): Richter lässt Klagen gegen Saudi-Arabien wegen 9/11 zu, 29.03.2018, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-03/bundesgericht-klage-zulassung-saudi-arabien-terroranschlaege-11-september>. [letzter Zugriff: 14.02.2020].
- ⁴⁴ Vgl. Wisotzki, Simone (2018): Violating the Arms Trade Treaty. Arms Exports to Saudi-Arabia and the Humanitarian Crisis in Yemen, PRIF-Spotlight 1/2018, https://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_publicationen/Spotlight0118.pdf. [letzter Zugriff: 14.02.2020].
- ⁴⁵ Vgl. Bonn International Center for Conversion (2019g): Saudi-Arabien Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte, in: BICC \ LÄNDERBERICHT 12 \ 2019, http://www.ruestungsexport.info/user/pages/04.laenderberichte/saudi-arabien/2019_Saudi%20Arabien.pdf. [letzter Zugriff: 25.02.2020].
- ⁴⁶ Vgl. Amnesty International (2019b): 10 Dinge, die du über Menschenrechte in Saudi-Arabien wissen solltest, 30.07.2019, <https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/saudi-arabien-10-dinge-die-du-ueber-menschenrechte-saudi-arabien-wissen>. [letzter Zugriff: 28.02.2020].
- ⁴⁷ Vgl. Der Spiegel (1974): Waffenhandel. Mit Billel und BND, 18.11.1974, <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41651335.html>. [letzter Zugriff: 14.02.2020].
- ⁴⁸ Vgl. Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2003): S.34; sowie Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (1999), S.18-20.
- ⁴⁹ Vgl. Grässlin, Jürgen (2013): Schwarzbuch Waffenhandel. Wie Deutschland am Krieg verdient, Wilhelm Heyne Verlag: München, S.57.
- ⁵⁰ Vgl. Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2013): Rüstungsexportbericht 2012 der GKKE, Schriftenreihe der GKKE 58, Bonn/Berlin 2013, S.36.
- ⁵¹ Vgl. ZEIT ONLINE (2014): Leopard-Export. Gabriel blockiert angeblich Panzer-Lieferungen an Saudi-Arabien, 13.04.2014, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-04/panzerlieferung-saudi-arabien-gabriel>. [letzter Zugriff: 14.02.2020].
- ⁵² Vgl. Der Spiegel (2015): Umstrittene Ausfuhren. Exportboom von Kriegsgerät nach Saudi-Arabien, 14.02.2015, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/saudi-arabien-deutschland-genehmigt-export-von-kriegswaffen-a-1018365.html#ref=rss>. [letzter Zugriff: 14.02.2020].
- ⁵³ Vgl. Deutscher Bundestag (2017b): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan van Aken, Christine Buchholz, Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 18/12320 – Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien – tatsächliche Ausfuhren, 07.06.2017, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/126/1812676.pdf>. [letzter Zugriff: 20.02.2020].
- ⁵⁴ Vgl. Bonn International Center for Conversion (2019g): Saudi-Arabien Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte, in: BICC \ LÄNDERBERICHT 12 \ 2019, http://www.ruestungsexport.info/user/pages/04.laenderberichte/saudi-arabien/2019_Saudi%20Arabien.pdf. [letzter Zugriff: 25.02.2020], S. 7; sowie Deutscher Bundestag (2015b): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan van Aken, Christine Buchholz, Wolfgang Gehrcke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 18/4564 – Deutsche Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien vor dem Hintergrund der saudisch geführten Militärintervention im Jemen, 06.05.2015, <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/048/1804824.pdf>. [letzter Zugriff: 20.02.2020].
- ⁵⁵ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2017a): Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan van Aken, Christine Buchholz, Annette Groth u. a. der Fraktion DIE LINKE Betr.: „Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien

2015 und 2016" BT-Drucksache: 18/11090, 07.03.2017, https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Parlamentarische-Anfragen/2017/18-11090.pdf?__blob=publicationFile&v=4. [letzter Zugriff: 20.02.2020].

⁵⁶ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019a): Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahre 2018. Rüstungsexportbericht 2018, Berlin 2019.

⁵⁷ Bales, M., & Mutschler, M. M. (2019): Einsatz deutscher Rüstungstechnik im Jemen - Für ein umfassendes Waffenembargo gegen die Koalition, in: BICC Policy Brief series No. 2/2019). Bonn: BICC, https://www.bicc.de/uploads/tx_bicctools/BICC_Policy_Brief_2_2019_d.pdf. [letzter Zugriff: 28.02.2020].

⁵⁸ Vgl. Tillack, Hans Martin (2019b): Vertrauliche Protokolle zeigen, wie die Regierung Waffenexporte rechtfertigte, 27.03.2019, <https://www.stern.de/politik/deutschland/tillack/vertrauliche-protokolle-ueber-waffen-fuer-saudis-und-emirate-8637222.html>. [letzter Zugriff: 25.02.2020].

⁵⁹ Vgl. Tillack, Hans Martin (2018b): Patrouillenboote aus Wolgast. Sind aus Deutschland gelieferte Kriegsschiffe indirekt an Blockade des Jemen beteiligt?, 11.09.2018, <https://www.stern.de/politik/deutschland/sind-aus-deutschland-gelieferte-kriegsschiffe-indirekt-an-blockade-des-jemen-beteiligt--8352752.html>. [letzter Zugriff: 14.02.2020].

⁶⁰ Vgl. Made in France (2019): Yemen Papers, 15.04.2019, <https://made-in-france.disclose.ngo/en/chapter/yemen-papers/>. [letzter Zugriff: 14.02.2020].

⁶¹ Vgl. Verwaltungsgerichtsbarkeit Hessen (2019): Verwaltungsgericht hebt faktisches Ausfuhrverbot wegen formeller Fehler auf, 03.12.2019, <https://verwaltungsgerichtsbarkeit.hessen.de/pressemitteilungen/verwaltungsgericht-hebt-faktisches-ausfuhrverbot-wegen-formeller-fehler-auf>. [letzter Zugriff: 25.02.2020].

⁶² Vgl. Tillack, Hans Martin (2019e): Deutsches Werftunternehmen hilft Saudi-Arabien weiter bei Unterhalt von Kriegsschiffen, 20.11.2019, <https://www.stern.de/wirtschaft/news/luerssen-werft-hilft-saudi-arabien-weiter-bei-unterhalten-von-kriegsschiffen-9010394.html>. [letzter Zugriff: 28.02.2020].

⁶³ Vgl. Nassauer, Otfried (2019): Kreativer Rüstungsexport nach Saudi-Arabien - Bundesregierung hilft Rheinmetall und KAMAG, 14.04.2019, http://www.bits.de/public/unv_a/original-140419.htm. [letzter Zugriff: 25.02.2020].

⁶⁴ Vgl. Bonn International Center for Conversion (2019h): Türkei Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte, in: BICC \ LÄNDERBERICHT 12 \ 2019, http://www.ruestungsexport.info/user/pages/04.laenderberichte/tuerkei/2019_Tuerkei.pdf. [letzter Zugriff: 25.02.2020], S.10.

⁶⁵ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2018): Schriftliche Frage an die Bundesregierung im Monat Februar 2018 Frage Nr. 286, 13.03.2018, https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Parlamentarische-Anfragen/2018/02-286.pdf?__blob=publicationFile&v=4. [letzter Zugriff: 20.02.2020].

⁶⁶ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019c).

⁶⁷ Vgl. Deutscher Bundestag (2010): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan van Aken, Sevim Dagdelen, Dr. Diether Dehm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 17/1884 – Deutsche Waffenlieferungen an die Türkei, 17. 06. 2010, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/022/1702207.pdf>. [letzter Zugriff: 20.02.2020], S.15.

⁶⁸ Vgl. ebd., S.15-16.

⁶⁹ Vgl. Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2000), S.11-13.

⁷⁰ Vgl. Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2004): Rüstungsexportbericht 2004 der GKKE, Bonn/Berlin 2004, S.45-47.

⁷¹ Vgl. Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2006): Rüstungsexportbericht 2006 der GKKE, Bonn/Berlin 2006, S.69-70.

-
- ⁷² Vgl. Thumann, Michael (2019): Rüstungspolitik. Erobern mit deutscher Wertarbeit, 13.02.2019, <https://www.zeit.de/2019/08/ruestungspolitik-waffenexporte-panzer-deutschland-tuerkei>. [letzter Zugriff: 14.02.2020].
- ⁷³ Vgl. Stauch, Günter (1994): Waffenexporte in die Türkei. Bis an die Zähne, 16.05.1994, https://www.focus.de/politik/deutschland/waffenexport-in-die-tuerkei-bis-an-die-zaehne_aid_147266.html. [letzter Zugriff: 14.02.2020].
- ⁷⁴ Vgl. Schwarz, Wolfgang (1992): Entsorgung per Export. Das Arsenal der einstigen DDR-Armee wird in alle Welt verkauft. Freunde schaffen mit vielen Waffen, 22.05.1992, <https://www.zeit.de/1992/22/freunde-schaffen-mit-vielen-waffen>. [letzter Zugriff: 14.02.2020].
- ⁷⁵ Vgl. Deutscher Bundestag (2010).
- ⁷⁶ Vgl. Deutscher Bundestag (2017a): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Wolfgang Gehrcke, Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 18/10986 – Die waffentechnische Zusammenarbeit Deutschlands mit der Türkei und die Folgen, 16.02.2017, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/112/1811212.pdf>. [letzter Zugriff: 20.02.2020].
- ⁷⁷ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2017b): Fragestunde des Deutschen Bundestages am 22. März 2017 Frage Nr.33, 22.03.2017, <https://taz.de/static/pdf/MF-Waffenlieferung-Tuerkei.pdf>. [letzter Zugriff: 25.02.2020].
- ⁷⁸ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2017c): Schriftliche Frage an die Bundesregierung im Monat August 2017 Frage Nr. 278, 07.09.2017, https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Parlamentarische-Anfragen/2017/8-278.pdf?__blob=publicationFile&v=4. [letzter Zugriff: 20.02.2020].
- ⁷⁹ Vgl. Thumann, Michael (2019).
- ⁸⁰ Vgl. Deutscher Bundestag (2018): Rüstungslieferungen Deutschlands an die Türkei Bewertung am Maßstab des Unionsrechts, in: Ausarbeitung PE 6 - 3000 - 16/18, <https://www.bundestag.de/resource/blob/543340/930ae44940e19d4fa94aa855b388e7d3/pe-6-016-18-pdf-data.pdf>. [letzter Zugriff: 25.02.2020].
- ⁸¹ Vgl. Bonn International Center for Conversion (2019i): Vereinigte Arabische Emirate Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte, in: BICC \ LÄNDERBERICHT 12 \ 2019, http://www.ruestungsexport.info/user/pages/04.laenderberichte/vae/2019_Vae.pdf. [letzter Zugriff: 25.02.2020].
- ⁸² ECCHR (2019): Made in Europe, bombed in Yemen: How the ICC could tackle the responsibility of arms exporters and government officials, <https://www.ecchr.eu/en/case/made-in-europe-bombed-in-yemen/>; Vgl. Tillack, Hans Martin (2019c): Nach #German Arms-Recherchen. Rüstungsexport-Politik: Opposition sieht „Bankrotterklärung des ganzen Systems“, 13.05.2019, <https://www.stern.de/politik/ausland/-germanarms--opposition-sieht--bankrott--der-deutschen-ruestungsexportpolitik-8620444.html>. [letzter Zugriff: 14.02.2020].
- ⁸³ Vgl. Der Spiegel (2017): Geschäft mit Emiraten. Regierung nickt neue Rüstungsexporte ab, 12.04.2017, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundesregierung-nickt-neue-ruestungsexporte-in-die-emirate-ab-a-1143157.html>. [letzter Zugriff: 14.02.2020].
- ⁸⁴ Vgl. Die Bundesregierung (2019): Verständigung der Bundesregierung zu Ruhensanordnungen und Gemeinschaftsprogrammen. Pressemitteilung 99, 28.03.2019, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/verstaendigung-der-bundesregierung-zu-ruhensanordnungen-und-gemeinschaftsprogrammen-1595750>. [letzter Zugriff: 20.02.2020].
- ⁸⁵ Vgl. Amnesty International (2019a): Vereinigte Arabische Emirate versorgen skrupellos Milizen mit westlichen Waffen, 06.02.2019, <https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/jemen-vereinigte-arabische-emirate-versorgen-skrupellos-milizen-mit-westlichen>. [letzter Zugriff: 14.02.2020]; sowie Amnesty International (o.J.): When arms go astray, The deadly new threat of arms diversions to militias in Yemen, <https://arms-uae.amnesty.org/en/>. [letzter Zugriff: 14.02.2020].

⁸⁶ Vgl. Tillack, Hans Martin (2019c).

⁸⁷ Vgl. Waffensexporte.org (o.J.): Tabellarische Aufarbeitung der Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 2000-1.HJ 2017. Vereinigte Arabische Emirate, https://www.waffensexporte.org/wp-content/uploads/2017/03/Waffen-Ex_Vereinigte-Arabische-Emirate.pdf. [letzter Zugriff: 14.02.2020]; sowie Tillack, Hans Martin (2019a): #German Arms, Wie Soldaten der Emirate mit Technologie aus Deutschland für den Krieg trainieren, 28.02.2019, <https://www.stern.de/politik/ausland/soldaten-der-emirate-trainieren-mit-deutscher-technologie-fuer-den-krieg-8599658.html>. [letzter Zugriff: 14.02.2020].

⁸⁸ Vgl. Bonn International Center for Conversion (2019j): Vereinigte Arabische Emirate Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte, in: BICC \ LÄNDERBERICHT 12 \ 2019, http://www.ruestungsexport.info/user/pages/04.laenderberichte/vae/2019_Vae.pdf. [letzter Zugriff: 25.02.2020], S.6-7.

⁸⁹ Vgl. Council of the European Union (2015), S.56-57.

⁹⁰ Vgl. Heidelberg Institute for International Conflict Research (2019): Conflict Barometer 2018, Disputes Non-Violent Crises Violent Crises Limited Wars, No. 27, Heidelberg, S.137.

⁹¹ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019b): Schriftliche Frage an die Bundesregierung im Monat Juli 2019 Fragen Nr. 356, 01.08.2020, https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Parlamentarische-Anfragen/2019/7-356.pdf?__blob=publicationFile&v=1. [letzter Zugriff: 20.02.2020].

⁹² Vgl. Fähnders, Till (2019): Indien und Pakistan. Befeuern deutsche Waffenlieferungen den Konflikt um Kaschmir, 06.08.2019, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/befeuern-deutsche-waffenlieferungen-den-konflikt-um-kaschmir-16320126.html>. [letzter Zugriff: 14.02.2020].

⁹³ Vgl. Gebauer (2019).

⁹⁴ Bonn International Center for Conversion (2019d): Indien Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte, in: BICC \ LÄNDERBERICHT 12 \ 2019, http://www.ruestungsexport.info/user/pages/04.laenderberichte/indien/2019_Indien.pdf. [letzter Zugriff: 27.02.2020], S.7.

⁹⁵ Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2019): Gemeinsame Erklärung anlässlich der 5. Deutsch-Indischen Regierungskonsultationen am 1. November 2019 in New Delhi, 01.11.2019, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/992814/1687590/c07fe34952229baa94221a1f6c1e34a1/2019-11-01-erklarung-deu-ind-reg-konsultationen-data.pdf?download=1>. [letzter Zugriff: 20.02.2020], S.91.

⁹⁶ Vgl. Deutscher Bundestag (2019a): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Omid Nouripour, Margarete Bause, Dr. Franziska Brantner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 19/10178 – Lage der Zivilgesellschaft und der religiösen Minderheiten in Indien im Kontext der Parlamentswahlen 2019, 03.06.2019, <https://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910589.pdf>. [letzter Zugriff: 20.02.2020]; sowie Deutscher Bundestag (2019b): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frank Müller-Rosentritt, Alexander Graf Lambsdorff, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 19/11618 – Menschenrechtliche Situation in Indien, 31.07.2019, <https://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/120/1912074.pdf>. [letzter Zugriff: 20.02.2020].

⁹⁷ Vgl. Amnesty International (2020): Indien 2019, <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2019/indien>. [letzter Zugriff: 14.02.2020].

⁹⁸ Vgl. Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2016b): Rüstungsexportbericht 2016 der GKKE, Bonn/Berlin 2016, S.52.

⁹⁹ Siehe Kapitel 5, Fall Mexiko.

¹⁰⁰ Vgl. Die Bundesregierung (2008): Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vor der Knesset am 18. März 2008 in Jerusalem: Bulletin 26-1, 18.03.2008, <https://www.bundesregierung.de/breg->

de/service/bulletin/rede-von-bundeskanzlerin-dr-angela-merkel-796170. [letzter Zugriff: 20.02.2020]; sowie Kaim, Markus (2015): Israels Sicherheit als deutsche Staatsräson: Was bedeutet das konkret? 30.01.2015, <https://www.bpb.de/apuz/199894/israels-sicherheit-als-deutsche-staatsraeson>. [letzter Zugriff: 27.02.2020].

¹⁰¹ Vgl. ZEIT ONLINE (2019): Syrien Konflikt. Mehrere Tote bei israelischen Luftangriffen auf Syrien, 21.01.2019, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-01/syrien-israel-iran-angriff-al-kuds-brigade>. [letzter Zugriff: 14.02.2020].

¹⁰² Vgl. Der Spiegel (2006): Waffenpause im Libanon. Hisbollah feiert „historischen Sieg“ über Israel, 14.08.2006, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/waffenpause-im-libanon-hisbollah-feiert-historischen-sieger-israel-a-431708.html>. [letzter Zugriff: 14.02.2020].

¹⁰³ Vgl. Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag (2007): Zur Entwicklung des deutsch-israelischen Verhältnisses - Ausarbeitung -, WD 1 - 110/07, <https://www.bundestag.de/resource/blob/413374/c69b2623815ab47e3ca26992c6000916/WD-1-110-07-pdf-data.pdf>. [letzter Zugriff: 25.02.2020].

¹⁰⁴ Vgl. Nassauer, Otfried (2006): Zu Wasser, zu Lande und in der Luft Die deutsch-israelische Rüstungskooperation, in: Friedensforum Ausgabe 4 / Oktober 2006, <https://www.bits.de/public/articles/friedensforum/ff0406.htm>. [letzter Zugriff: 28.02.2020].

¹⁰⁵ Vgl. Nassauer, Otfried (2011): Sechs Dolphin-U-Boote für Israels Abschreckung, <http://www.bits.de/public/researchnote/rn11-1-1.htm>. [letzter Zugriff: 25.02.2020].

¹⁰⁶ Vgl. Nassauer, Otfried (2012): Das sechste U-Boot. Ein deutscher Rüstungsexport in der Solidaritätsfalle, 22.03.2012, http://www.bits.de/public/unv_a/orginal-220312.htm. [letzter Zugriff: 25.02.2020].

¹⁰⁷ Vgl. Nassauer, Otfried (2010): Besondere Beziehungen. Die deutsch-israelische Rüstungskooperation, <https://www.bits.de/public/bes-beziehungen.htm>. [letzter Zugriff: 25.02.2020].

¹⁰⁸ Vgl. Nassauer, Otfried/ Steinmetz, Christopher (2003): Rüstungskooperation zwischen Deutschland und Israel, in: BITS Research Report 03.1, <http://www.bits.de/public/researchreport/rr03-1-1.htm>. [letzter Zugriff: 25.02.2020].

¹⁰⁹ Vgl. Nassauer, Otfried/ Pallade, Yves/ Steinmetz, Christopher (2002): Geheimnisumwittert. Die deutsch – israelische Rüstungszusammenarbeit, in: Wissenschaft & Frieden Nr. 4, <http://www.bits.de/public/articles/wf04-02-1.htm>. [letzter Zugriff: 25.02.2020].

¹¹⁰ Vgl. Amnesty International (2017): Pakistan 2017/18, <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2018/pakistan>. [letzter Zugriff: 14.02.2020].

¹¹¹ Vgl. Bonn International Center for Conversion (2019f): Pakistan Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte, BICC \ LÄNDERBERICHT 12 \ 2019, http://www.ruestungsexport.info/user/pages/04.laenderberichte/pakistan/2019_Pakistan.pdf. [letzter Zugriff: 27.02.2020].

¹¹² Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019b).

¹¹³ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019a), S.73.

¹¹⁴ Vgl. Der Spiegel (2009): Schwarzmarkt-Boom für Bundeswehripistolen in Afghanistan, 12.10.2009, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/armeebestaende-schwarzmarkt-boom-fuer-bundeswehripistolen-in-afghanistan-a-654529.html>. [letzter Zugriff: 25.02.2020].

¹¹⁵ Vgl. Der Spiegel (2008): Georgier kämpfen mit deutschen Sturmgewehren, 17.08.2008, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/magazin-bericht-georgier-kaempften-mit-deutschen-sturmgewehren-a-572615.html>. [letzter Zugriff: 14.02.2020].

¹¹⁶ Vgl. Deutscher Bundestag (2008): Schriftliche Fragen mit den in der Zeit vom 25. August bis 5. September 2008 eingegangenen Antworten der Bundesregierung. Drucksache 16/10199, 05.09.2008, <https://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/101/1610199.pdf>. [letzter Zugriff: 20.02.2020], S.22-23.

-
- ¹¹⁷ Vgl. Deckert, Roman (2008a): G36 in Georgien: Lakmustest für die Bundesregierung, http://www.bits.de/public/articles/kw_nl/kleinwaffen-nl10-2-08.htm. [letzter Zugriff: 25.02.2020].
- ¹¹⁸ Vgl. Nassauer, Otfried (2014): Deutsche Pistolen in Kolumbien
Über ein Loch in der Endverbleibskontrolle, 29.05.2014, https://www.bits.de/public/unv_a/orginal-290514.htm. [letzter Zugriff: 25.02.2020].
- ¹¹⁹ Vgl. Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2019): Rüstungsexportbericht 2019 der GKKE, Bonn/Berlin 2019, S.68-70.
- ¹²⁰ Vgl. Grässlin, Jürgen (2012): Heckler & Koch: Illegale G36-Gewehrexporte, https://www.aufschrei-waffenhandel.de/fileadmin/dokumente/dateien-or/pdf-dokumente/Heckler_Koch_Illegale_G36-Gewehrexporte.pdf. [letzter Zugriff: 25.02.2020].
- ¹²¹ Vgl. Grässlin, Jürgen (2011): Von der Hausdurchsuchung zur Anklage gegen Heckler & Koch, in: BIG Business Crime 1-2011, <https://www.waffenexporte.org/wp-content/uploads/2011/06/Gr%c3%a4sslin-Von-der-Hausdurchsuchung-zur-Anklage-gegen-HuK.pdf>. [letzter Zugriff: 25.02.2020], S.22-26.
- ¹²² Vgl. Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2018): Rüstungsexportbericht 2018 der GKKE, Bonn/Berlin 2018, S.96-99; Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2019), S.68-70..
- ¹²³ Vgl. SWR (o.J.): Meister des Todes, <https://www.swr.de/meisterdestodes/-/id=15524194/447tym/index.html>. [letzter Zugriff: 25.02.2020].
- ¹²⁴ Vgl. Deutscher Bundestag (2015c): Plenarprotokoll 18/123. Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht 123. Sitzung, 23.09.2015, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/18/18123.pdf#P.11916>. [letzter Zugriff: 20.02.2020].
- ¹²⁵ Vgl. Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2016a): Rüstungsexportbericht 2015 der GKKE, Bonn/Berlin 2016, 114-124.
- ¹²⁶ Vgl. Deutscher Bundestag (2015a): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan van Aken, Christine Buchholz, Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 18/3828 – Deutsche Unterstützung der kurdischen Autonomieregion im Irak, 13.02.2015, <https://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/040/1804028.pdf>. [letzter Zugriff: 20.02.2020].
- ¹²⁷ Vgl. Norddeutscher Rundfunk (2016): Bundeswehr-Waffen auf dem Schwarzmarkt im Nordirak, 21.01.2016, https://www.ndr.de/der_ndr/presse/mitteilungen/Bundeswehr-Waffen-auf-dem-Schwarzmarkt-im-Nordirak-,pressemeldungndr16758.html. [letzter Zugriff: 14.02.2020].
- ¹²⁸ Vgl. Gehlen, Martin (2017): Das sind die Machtfaktoren im Irak-Konflikt, 17.10.2017, <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.kurden-referendum-das-sind-die-machtfaktoren-im-irak-konflikt.44a28306-f443-4740-83e4-defcc2c72105.html>. [letzter Zugriff: 25.02.2020].
- ¹²⁹ Vgl. Deutsche Welle (2017): Kurdenkonflikt im Irak. Irak: Schwere Gefechte zwischen Armee und Peschmerga, 20.10.2017, <https://www.dw.com/de/irak-schwere-gefechte-zwischen-armee-und-peschmerga/a-41049976>. [letzter Zugriff: 14.02.2020].
- ¹³⁰ Vgl. Deutscher Bundestag (1988): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Schily und der Fraktion DIE GRÜNEN — Drucksache 11/2355 — Deutsche Waffenexporte in den Irak trotz eindeutiger Verbote durch das Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen, 13.06.1988, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/11/024/1102477.pdf>. [letzter Zugriff: 25.02.2020]; sowie Deutscher Bundestag (1991): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Gerd Poppe und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN — Drucksache 12/253 — Genehmigungen für Rüstungsexporte an den Irak, 26.06.1991, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/12/008/1200803.pdf>. [letzter Zugriff: 25.02.2020].
- ¹³¹ Vgl. Control Arms Briefing Note (2006): UN arms embargoes: an overview of the last ten years, 16.03.2006, https://www.oxfam.de/system/files/20060316_unarmsembargoes_245kb.pdf. [letzter Zugriff: 25.02.2020].

¹³² Vgl. Greenpeace (2019): Deutsche Waffenexporte. Deutsche Waffen kommen weltweit in Kriegen und Krisengebieten zum Einsatz, https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/information_material/i04401_gp_waffenexport_06_19_neu_ansicht_montagefl.pdf. [letzter Zugriff: 25.02.2020].

¹³³ Der OECD Entwicklungshilfeausschuss ermittelt regelmäßig die verschiedenen Einkommensstufen potenzieller Empfängerländer für Entwicklungszusammenarbeit. Niedrige mittlere Einkommen beziehen sich auf ein Haushaltsnettoeinkommen von 1.000-3.955 US Dollar im Jahr. Siehe dazu GKKE-Rüstungsexportbericht 2019.

¹³⁴ Vgl. Bonn International Center for Conversion (2019e): Nigeria Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte, BICC \ LÄNDERBERICHT 12 \ 2019, http://www.ruestungsexport.info/user/pages/04.laenderberichte/nigeria/2019_Nigeria.pdf. [letzter Zugriff: 27.02.2020].

¹³⁵ Vgl. Deckert, Roman (2008c): Die Nigeria-Connection, in: DAKS Newsletter 2/2008, <https://www.rib-ev.de/daks/newsletter/DAKS-News1-2008-02.pdf>. [letzter Zugriff: 25.02.2020], S.2.

¹³⁶ Vgl. Deckert, Roman (2008b): Kenia: Krise und Kleinwaffen, in: DAKS-Newsletter 1/2008, https://www.bits.de/public/articles/kw_nl/kleinwaffen-nl01-08.htm. [letzter Zugriff: 25.02.2020], S.3-4.

¹³⁷ Vgl. Chapman, Ben (2019): BAE working with UK government to supply Saudi arms despite German ban, 09.05.2019, <https://www.independent.co.uk/news/business/news/bae-systems-weapons-sales-saudi-arabia-german-arms-export-ban-a8906851.html>. [letzter Zugriff: 14.02.2020].

¹³⁸ Vgl. Kelsey, Tim/ Van Beveren, Tim (1993): Sniper rifles supplied to Serbs despite sanctions, 30.12.1993, <https://www.independent.co.uk/news/sniper-rifles-supplied-to-serbs-despite-sanctions-1469942.html>. [letzter Zugriff: 25.02.2020].

¹³⁹ Vgl. Nassauer, Otfried (2016): Hemmunglos in alle Welt – Die Munitionsexporte der Rheinmetall AG, <https://www.bits.de/public/rr16-01.htm>. [letzter Zugriff: 25.02.2020].

¹⁴⁰ Vgl. Welt (2016): Deutsch-Südafrikanische Munitionsfabrik in Saudi-Arabien, 15.04.2016, <https://www.welt.de/regionales/nrw/article154398278/Deutsch-Suedafrikanische-Munitionsfabrik-in-Saudi-Arabien.html>. [letzter Zugriff: 25.02.2020].

¹⁴¹ Vgl. Trial International (2019): RWM ITALIA, 08.07.2019, <https://trialinternational.org/latest-post/rwm-italia/>. [letzter Zugriff: 14.02.2020]; ECCHR (2019).

¹⁴² Zu den vier Nicht-Regierungsorganisationen gehören unter anderem das European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), die jemenitische Organisation Mwatana for Human Rights sowie Rete Italiana per Il Disarmo. Siehe auch GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte 2019: GKKE-Rüstungsexportbericht 2019, Bonn/Berlin S. 89-93.

¹⁴³ Vgl. Tillack, Hans Martin (2018a): Rheinmetall. Der deutsche Rüstungskonzern und der Erdogan-Freund, 13.02.2018, <https://www.stern.de/politik/ausland/rheinmetall--der-deutsche-ruestungskonzern-und-der-erdogan-freund-7860788.html>. [letzter Zugriff: 14.02.2020].

¹⁴⁴ Vgl. Handelsblatt (2017): Rüstungsdeals mit der Türkei. Politische Eiszeit belastet Rheinmetall-Exporte, 29.10.2017, <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/ruestungsdeals-mit-der-tuerkei-politische-eiszeit-belastet-rheinmetall-exporte/20517764.html>. [letzter Zugriff: 14.02.2020].

¹⁴⁵ Siehe auch GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte 2019: GKKE-Rüstungsexportbericht 2019, Bonn/Berlin S. 7.

¹⁴⁶ Vgl. Wisotzki (2018).

¹⁴⁷ Vgl. Alwardt, Christian/Becker-Jakob, Una/Brzoska, Michael/Johannsen, Margret/Mutschler, Max M./Neuneck, Götz/Polle, Johanna/Schörnig, Niklas/Wisotzki, Simone/Zellner, Wolfgang (2019): Rüstungsdynamiken: Rüstungskontrolle schärfen, in: Bonn International Center for Conversion (BICC)/Leibniz-

Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)/Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)/Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) (Hg.), Friedensgutachten 2019, Berlin: LIT Verlag, S.103.

¹⁴⁸ Vgl. Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2016b), S.94-107.

Literaturverzeichnis

- Alwardt, Christian/Becker-Jakob, Una/Brzoska, Michael/Johannsen, Margret/Mutschler, Max M./Neuneck, Götz/Polle, Johanna/Schörning, Niklas/Wisotzki, Simone/Zellner, Wolfgang (2019): Rüstungsdynamiken: Rüstungskontrolle schärfen, in: Bonn International Center for Conversion (BICC)/Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)/Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)/Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) (Hg.), Friedensgutachten 2019, Berlin: LIT Verlag, 93-113.
- Amnesty International (o.J.): When arms go astray, The deadly new threat of arms diversions to militias in Yemen, <https://arms-uae.amnesty.org/en/>. [letzter Zugriff: 14.02.2020]
- Amnesty International (2017): Pakistan 2017/18, <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2018/pakistan>. [letzter Zugriff: 14.02.2020]
- Amnesty International (2019a): Vereinigte Arabische Emirate versorgen skrupellos Milizen mit westlichen Waffen, 06.02.2019, <https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/jemen-vereinigte-arabische-emirate-versorgen-skrupellos-milizen-mit-westlichen>. [letzter Zugriff: 14.02.2020]
- Amnesty International (2019b): 10 Dinge, die du über Menschenrechte in Saudi-Arabien wissen solltest, 30.07.2019, <https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/saudi-arabien-10-dinge-die-du-ueber-menschenrechte-saudi-arabien-wissen>. [letzter Zugriff: 28.02.2020]
- Amnesty International (2020): Indien 2019, <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2019/indien>. [letzter Zugriff: 14.02.2020]
- Amtsblatt der Europäischen Union (2008): Gemeinsamer Standpunkt 2008/944/GASP des Rates vom 08. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern, <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32008E0944:DE:HTML>. [letzter Zugriff: 13.02.2020]
- Aufschrei-Waffenhandel (o.J.): Deutsche Rüstungsexporte nach Katar, <https://www.aufschrei-waffenhandel.de/daten-fakten/empfaengerlaender/katar/>. [letzter Zugriff: 13.02.2020]
- Bales, M., & Mutschler, M. M. (2019): Einsatz deutscher Rüstungstechnik im Jemen - Für ein umfassendes Waffenembargo gegen die Koalition, in: BICC Policy Brief series No. 2/2019). Bonn: BICC, https://www.bicc.de/uploads/tx_bicctools/BICC_Policy_Brief_2_2019_d.pdf. [letzter Zugriff: 28.02.2020]
- Bonn International Center for Conversion (2019a): Ägypten Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte, in: BICC \ LÄNDERBERICHT 12 \ 2019, http://www.ruestungsexport.info/user/pages/04.laenderberichte/aegypten/2019_Aegypten.pdf. [letzter Zugriff: 25.02.2020]

- Bonn International Center for Conversion (2019b): Algerien Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte, in: BICC \ LÄNDERBERICHT 12 \ 2019, http://www.ruestungsexport.info/user/pages/04.laenderberichte/algerien/2019_Algerien.pdf. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Bonn International Center for Conversion (2019c): Brasilien Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte, in: BICC \ LÄNDERBERICHT 12 \ 2019, http://www.ruestungsexport.info/user/pages/04.laenderberichte/brasilien/2019_Brasilien.pdf. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Bonn International Center for Conversion (2019d): Indien Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte, in: BICC \ LÄNDERBERICHT 12 \ 2019, http://www.ruestungsexport.info/user/pages/04.laenderberichte/indien/2019_Indien.pdf. [letzter Zugriff: 27.02.2020]
- Bonn International Center for Conversion (2019e): Nigeria Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte, BICC \ LÄNDERBERICHT 12 \ 2019, http://www.ruestungsexport.info/user/pages/04.laenderberichte/nigeria/2019_Nigeria.pdf. [letzter Zugriff: 27.02.2020]
- Bonn International Center for Conversion (2019f): Pakistan Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte, BICC \ LÄNDERBERICHT 12 \ 2019, http://www.ruestungsexport.info/user/pages/04.laenderberichte/pakistan/2019_Pakistan.pdf. [letzter Zugriff: 27.02.2020]
- Bonn International Center for Conversion (2019g): Saudi-Arabien Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte, in: BICC \ LÄNDERBERICHT 12 \ 2019, http://www.ruestungsexport.info/user/pages/04.laenderberichte/saudi-arabien/2019_Saudi%20Arabien.pdf. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Bonn International Center for Conversion (2019h): Türkei Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte, in: BICC \ LÄNDERBERICHT 12 \ 2019, http://www.ruestungsexport.info/user/pages/04.laenderberichte/tuerkei/2019_Tuerkei.pdf. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Bonn International Center for Conversion (2019i): Vereinigte Arabische Emirate Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte, in: BICC \ LÄNDERBERICHT 12 \ 2019, http://www.ruestungsexport.info/user/pages/04.laenderberichte/vae/2019_Vae.pdf. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Bundesministerium der Verteidigung (2019): Bundessicherheitsrat (BSR), 21.01.2019, <https://www.bmvg.de/de/bundessicherheitsrat-bsr--14556>. [letzter Zugriff: 27.02.2020]

- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2017a): Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan van Aken, Christine Buchholz, Annette Groth u. a. der Fraktion DIE LINKE Betr.: „Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien 2015 und 2016“ BT-Drucksache: 18/11090, 07.03.2017, https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Parlamentarische-Anfragen/2017/18-11090.pdf?__blob=publicationFile&v=4. [letzter Zugriff: 20.02.2020]
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2017b): Fragestunde des Deutschen Bundestages am 22. März 2017 Frage Nr.33, 22.03.2017, <https://taz.de/static/pdf/MF-Waffenlieferung-Tuerkei.pdf>. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2017c): Schriftliche Frage an die Bundesregierung im Monat August 2017 Frage Nr. 278, 07.09.2017, https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Parlamentarische-Anfragen/2017/8-278.pdf?__blob=publicationFile&v=4. [letzter Zugriff: 20.02.2020]
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2018): Schriftliche Frage an die Bundesregierung im Monat Februar 2018 Frage Nr. 286, 13.03.2018, https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Parlamentarische-Anfragen/2018/02-286.pdf?__blob=publicationFile&v=4. [letzter Zugriff: 20.02.2020]
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019a): Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahre 2018. Rüstungsexportbericht 2018, Berlin 2019.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019b): Schriftliche Frage an die Bundesregierung im Monat Juli 2019 Fragen Nr. 356, 01.08.2020, https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Parlamentarische-Anfragen/2019/7-356.pdf?__blob=publicationFile&v=1. [letzter Zugriff: 20.02.2020]
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019c): Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern, https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/P-R/politische-grundsaeetze-fuer-den-export-von-kriegswaffen-und-sonstigen-ruestungsguetern.pdf?__blob=publicationFile&v=4. [letzter Zugriff: 20.02.2020]
- Brössler, Daniel (2013): Transportpanzer für Ägypten. Beihilfe zur Unterdrückung, 19.08.2013, <https://www.sueddeutsche.de/politik/panzer-fuer-aegypten-beihilfe-zur-unterdrueckung-1.1749779>. [letzter Zugriff: 13.02.2020]
- Campaign against Arms Trade o.J.: EU Arms Export. EU-Waffenexporte, <https://www.caat.org.uk/resources/export-licences-eu/licence.de.html?source=Germany&destination=Egypt>. [letzter Zugriff: 13.02.2020]
- Chapman, Ben (2019): BAE working with UK government to supply Saudi arms despite German ban, 09.05.2019, <https://www.independent.co.uk/news/business/news/bae-systems-weapons-sales-saudi-arabia-german-arms-export-ban-a8906851.html>. [letzter Zugriff: 14.02.2020]
- Cascas, Antonio (2014): Weltmeister: Deutsche Waffen-Industrie verdient prächtig mit der Fußball-WM, 03.06.2014, <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/06/03/weltmeister-deutsche-waffen-industrie-verdient-mit-fussball-wm/>. [letzter Zugriff: 20.02.2020]

- Control Arms Briefing Note (2006): UN arms embargoes: an overview of the last ten years, 16.03.2006, https://www.oxfam.de/system/files/20060316_unarmsembargoes_245kb.pdf. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Council of the European Union (2015): User's Guide to Council Common Position 2008/944/CFSP defining common rules governing the control of exports of military technology and equipment, in: 6901/1/15 REV 1 COARM 53 PESC 245, <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10858-2015-INIT/en/pdf>. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Deckert, Roman (2008a): G36 in Georgien: Lakmustest für die Bundesregierung, http://www.bits.de/public/articles/kw_nl/kleinwaffen-nl10-2-08.htm. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Deckert, Roman (2008b): Kenia: Krise und Kleinwaffen, in: DAKS-Newsletter 1/2008, https://www.bits.de/public/articles/kw_nl/kleinwaffen-nl01-08.htm. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Deckert, Roman (2008c): Die Nigeria-Connection, in: DAKS Newsletter 2/2008, <https://www.rib-ev.de/daks/newsletter/DAKS-Newsl-2008-02.pdf>. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Der Spiegel (1974): Waffenhandel. Mit Billetal und BND, 18.11.1974, <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41651335.html>. [letzter Zugriff: 14.02.2020]
- Der Spiegel (2006): Waffenpause im Libanon. Hisbollah feiert „historischen Sieg“ über Israel, 14.08.2006, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/waffenpause-im-libanon-hisbollah-feiert-historischen-sieg-ueber-israel-a-431708.html>. [letzter Zugriff: 14.02.2020]
- Der Spiegel (2008): Georgier kämpfen mit deutschen Sturmgewehren, 17.08.2008, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/magazin-bericht-georgier-kaempften-mit-deutschen-sturmgewehren-a-572615.html>. [letzter Zugriff: 14.02.2020]
- Der Spiegel (2009): Schwarzmarkt-Boom für Bundeswehrpistolen in Afghanistan, 12.10.2009, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/armeebestaende-schwarzmarkt-boom-fuer-bundeswehrpistolen-in-afghanistan-a-654529.html>. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Der Spiegel (2013): Ägypten-Krise. Merkel plädiert für Stopp von Waffenexporten, 18.08.2013, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/aegypten-merkel-will-mit-waffenexport-stopp-druck-machen-a-917234.html>. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Der Spiegel (2015): Umstrittene Ausfuhren. Exportboom von Kriegsgerät nach Saudi-Arabien, 14.02.2015, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/saudi-arabien-deutschland-genehmigt-export-von-kriegswaffen-a-1018365.html#ref=rss>. [letzter Zugriff: 14.02.2020]
- Der Spiegel (2017): Geschäft mit Emiraten. Regierung nickt neue Rüstungsexporte ab, 12.04.2017, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundesregierung-nickt-neue-ruestungsexporte-in-die-emirate-ab-a-1143157.html>. [letzter Zugriff: 14.02.2020]
- Deutscher Bundestag (1988): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Schily und der Fraktion DIE GRÜNEN — Drucksache 11/2355 —

- Deutsche Waffenexporte in den Irak trotz eindeutiger Verbote durch das Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen, 13.06.1988, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/11/024/1102477.pdf>. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Deutscher Bundestag (1991): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Gerd Poppe und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN — Drucksache 12/253 — Genehmigungen für Rüstungsexporte an den Irak, 26.06.1991, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/12/008/1200803.pdf>. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Deutscher Bundestag (1996a): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Angelika Beer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN — Drucksache 13/5153 — Militärfachliche Beurteilung bei Rüstungsexporten nach Indonesien, 13.08.1996, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/13/054/1305412.pdf>. [letzter Zugriff: 20.02.2020]
- Deutscher Bundestag (1996b): Plenarprotokoll 13/131. Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht. 131. Sitzung, 17.10.1996, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/13/13131.pdf>. [letzter Zugriff: 20.02.2020]
- Deutscher Bundestag (2008): Schriftliche Fragen mit den in der Zeit vom 25. August bis 5. September 2008 eingegangenen Antworten der Bundesregierung. Drucksache 16/10199, 05.09.2008, <https://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/101/1610199.pdf>. [letzter Zugriff: 20.02.2020]
- Deutscher Bundestag (2010): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan van Aken, Sevim Dagdelen, Dr. Diether Dehm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 17/1884 – Deutsche Waffenlieferungen an die Türkei, 17. 06. 2010, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/022/1702207.pdf>. [letzter Zugriff: 20.02.2020]
- Deutscher Bundestag (2012): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Katja Keul, Viola von Cramon-Taubadel, Beate Walter-Rosenheimer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/10378 – Verkauf von Leopard II-Kampfpanzern an Indonesien, 23. 08. 2012, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/17/105/1710520.pdf>. [letzter Zugriff: 20.02.2020]
- Deutscher Bundestag (2015a): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan van Aken, Christine Buchholz, Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 18/3828 – Deutsche Unterstützung der kurdischen Autonomieregion im Irak, 13.02.2015, <https://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/040/1804028.pdf>. [letzter Zugriff: 20.02.2020]
- Deutscher Bundestag (2015b): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan van Aken, Christine Buchholz, Wolfgang Gehrcke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 18/4564 – Deutsche Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien vor dem Hintergrund der saudisch geführten Militärintervention im Jemen, 06.05.2015, <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/048/1804824.pdf>. [letzter Zugriff: 20.02.2020]
- Deutscher Bundestag (2015c): Plenarprotokoll 18/123. Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht 123. Sitzung, 23.09.2015,

- <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/18/18123.pdf#P.11916>. [letzter Zugriff: 20.02.2020]
- Deutscher Bundestag (2015e): Plenarprotokoll 18/136. Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht 136. Sitzung, 12.11.2015, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/18/18136.pdf#Page=106>. [letzter Zugriff: 20.02.2020]
- Deutscher Bundestag (2017a): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Wolfgang Gehrcke, Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 18/10986 – Die waffentechnische Zusammenarbeit Deutschlands mit der Türkei und die Folgen, 16.02.2017, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/112/1811212.pdf>. [letzter Zugriff: 20.02.2020]
- Deutscher Bundestag (2017b): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan van Aken, Christine Buchholz, Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 18/12320 – Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien – tatsächliche Ausfuhren, 07.06.2017, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/126/1812676.pdf>. [letzter Zugriff: 20.02.2020]
- Deutscher Bundestag (2018): Rüstungslieferungen Deutschlands an die Türkei Bewertung am Maßstab des Unionsrechts, in: Ausarbeitung PE 6 - 3000 - 16/18, <https://www.bundestag.de/resource/blob/543340/930ae44940e19d4fa94aa855b388e7d3/pe-6-016-18-pdf-data.pdf>. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Deutscher Bundestag (2019a): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Omid Nouripour, Margarete Bause, Dr. Franziska Brantner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 19/10178 – Lage der Zivilgesellschaft und der religiösen Minderheiten in Indien im Kontext der Parlamentswahlen 2019, 03.06.2019, <https://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/105/1910589.pdf>. [letzter Zugriff: 20.02.2020]
- Deutscher Bundestag (2019b): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frank Müller-Rosentritt, Alexander Graf Lambsdorff, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 19/11618 – Menschenrechtliche Situation in Indien, 31.07.2019, <https://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/120/1912074.pdf>. [letzter Zugriff: 20.02.2020]
- Deutsche Welle (2017): Kurdenkonflikt im Irak. Irak: Schwere Gefechte zwischen Armee und Peschmerga, 20.10.2017, <https://www.dw.com/de/irak-schwere-gefechte-zwischen-armee-und-peschmerga/a-41049976>. [letzter Zugriff: 14.02.2020]
- Die Bundesregierung (2008): Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vor der Knesset am 18. März 2008 in Jerusalem: Bulletin 26-1, 18.03.2008, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/rede-von-bundeskanzlerin-dr-angela-merkel-796170>. [letzter Zugriff: 20.02.2020]
- Die Bundesregierung (2019): Verständigung der Bundesregierung zu Ruhensanordnungen und Gemeinschaftsprogrammen. Pressemitteilung 99, 28.03.2019, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/verstaendigung-der->

- bundesregierung-zu-ruhensanordnungen-und-gemeinschaftsprogrammen-1595750.
[letzter Zugriff: 20.02.2020]
- ECCHR (2019): Made in Europe, bombed in Yemen: How the ICC could tackle the responsibility of arms exporters and government officials, <https://www.ecchr.eu/en/case/made-in-europe-bombed-in-yemen/>. [letzter Zugriff: 29.02.2020]
- Fähnders, Till (2019): Indien und Pakistan. Befeuern deutsche Waffenlieferungen den Konflikt um Kaschmir, 06.08.2019, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/befeuern-deutsche-waffenlieferungen-den-konflikt-um-kaschmir-16320126.html>. [letzter Zugriff: 14.02.2020]
- Focus (2012): U-Boot-Deal mit Ägypten wird zum Politikum, 06.09.2012, https://www.focus.de/politik/deutschland/deutscher-ruestungsexport-erzuernt-israel-u-boot-deal-mit-aegypten-wird-zum-politikum_aid_814034.html. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Friedrichs, Hauke (2013): Panzer-Deals: Im Land der unbegrenzten Rüstungsexporte, 08.05.2013, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-05/waffenexport-ruestungsexportpolitik-indonesien>. [letzter Zugriff: 20.02.2020]
- Friedrichs, Hauke (2018): Rüstungsindustrie. Schweres Gerät für einen guten Kunden, 31.12.2018, <https://www.zeit.de/politik/2018-12/ruestungsindustrie-transportpanzer-algerien-produktion-rheinmetall/komplettansicht>. [letzter Zugriff: 13.02.2020]
- Gebauer, Matthias/Nassauer Otfried (2013): Umstrittener Rüstungsdeal. Berlin genehmigt Verkauf von 164 Panzern nach Indonesien, 07.05.2013, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/leopard-2-regierung-genehmigt-verkauf-von-panzern-nach-indonesien-a-898650.html>. [letzter Zugriff: 13.02.2020]
- Gebauer, Matthias (2015): Deutsche Gewehre im Jemen. Bundesregierung gibt Lücke bei Waffenexport-Kontrolle zu, 12.06.2015, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/g36-deutsche-waffenexporte-in-saudi-arabien-ausser-kontrolle-a-1038450.html>. [letzter Zugriff: 14.02.2020]
- Gebauer, Matthias/Traufetter, Gerald (2019): Bundesregierung billigt Kriegsschiff-Lieferung an Ägypten, 02.01.2019, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/ruestungsbundesregierung-billigt-kriegsschiff-export-an-aegypten-a-1246131.html>. [letzter Zugriff: 13.02.2020]
- Gebauer, Matthias (2019): Rüstungsexporte. Regierung genehmigt Waffenlieferungen nach Indien und Algerien, 03.09.2019, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/ruestungsexporte-regierung-genehmigt-waffenlieferungen-nach-indien-und-algerien-a-1285044.html>. [letzter Zugriff: 13.02.2020]
- Gehlen, Martin (2017): Das sind die Machtfaktoren im Irak-Konflikt, 17.10.2017, <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.kurden-referendum-das-sind-die-machtfaktoren-im-irak-konflikt.44a28306-f443-4740-83e4-defcc2c72105.html>. [letzter Zugriff: 25.02.2020]

- Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (1999): Rüstungsexportbericht 1998 der GKKE, Bonn/Berlin 1999.
- Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2000): Rüstungsexportbericht 1999 der GKKE, Bonn/Berlin 2000.
- Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2003): Rüstungsexportbericht 2003 der GKKE, Schriftenreihe der GKKE 34, Bonn/Berlin 2004.
- Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2004): Rüstungsexportbericht 2004 der GKKE, Bonn/Berlin 2004.
- Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2006): Rüstungsexportbericht 2006 der GKKE, Bonn/Berlin 2006.
- Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2008): Rüstungsexportbericht 2008 der GKKE, Schriftenreihe der GKKE 47, Bonn/Berlin 2008.
- Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2011): Rüstungsexportbericht 2010 der GKKE, Schriftenreihe der GKKE 54, Bonn/Berlin 2011.
- Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2012): Rüstungsexportbericht 2011 der GKKE, Schriftenreihe der GKKE 56, Bonn/Berlin 2012.
- Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2013): Rüstungsexportbericht 2012 der GKKE, Schriftenreihe der GKKE 58, Bonn/Berlin 2013.
- Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2015): Rüstungsexportbericht 2014 der GKKE, Schriftenreihe der GKKE 60, Bonn/Berlin 2015.
- Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2016a): Rüstungsexportbericht 2015 der GKKE, Bonn/Berlin 2016.
- Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2016b): Rüstungsexportbericht 2016 der GKKE, Bonn/Berlin 2016.
- Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2018): Rüstungsexportbericht 2018 der GKKE, Bonn/Berlin 2018.
- Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2019): Rüstungsexportbericht 2019 der GKKE, Bonn/Berlin 2019.
- Grebe, Jan/ Roßner, Sebastian (2013): Parlamentarische Kontrolle und Transparenz von Rüstungsexporten,
https://www.bicc.de/uploads/tx_bicctools/Studie_Ruestungsexportkontrolle.pdf.
 [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Grässlin, Jürgen (2011): Von der Hausdurchsuchung zur Anklage gegen Heckler & Koch, in: BIG Business Crime 1-2011, <https://www.waffenexporte.org/wp-content/uploads/2011/06/Gr%c3%a4sslin-Von-der-Hausdurchsuchung-zur-Anklage-gegen-HuK.pdf>. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Grässlin, Jürgen (2012): Heckler & Koch: Illegale G36-Gewehrexporte, <https://www.aufschrei-waffenhandel.de/fileadmin/dokumente/dateien-or/pdf->

- dokumente/Heckler_Koch_Illegale_G36-Gewehrexporte.pdf. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Grässlin, Jürgen (2013): Schwarzbuch Waffenhandel. Wie Deutschland am Krieg verdient, Wilhelm Heyne Verlag: München.
- Greenpeace (2019): Deutsche Waffenexporte. Deutsche Waffen kommen weltweit in Kriegen und Krisengebieten zum Einsatz, https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/information_material/i04401_gp_waffenexport_06_19_neu_ansicht_montagefl.pdf. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Handelsblatt (2011): Grenzsicherung. Deutschland gibt Rüstung für Algerien frei, 03.07.2011, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/grenzsicherung-deutschland-gibt-ruestung-fuer-algerien-frei/4352684.html?ticket=ST-2060846-PfzIa0pBxasjAhyodLSc-ap3>. [letzter Zugriff: 13.02.2020]
- Handelsblatt (2017): Rüstungsdeals mit der Türkei. Politische Eiszeit belastet Rheinmetall-Exporte, 29.10.2017, <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/ruestungsdeals-mit-der-tuerkei-politische-eiszeit-belastet-rheinmetall-exporte/20517764.html>. [letzter Zugriff: 14.02.2020]
- Heidelberg Institute for International Conflict Research (2019): Conflict Barometer 2018, Disputes Non-Violent Crises Violent Crises Limited Wars, No. 27, Heidelberg.
- Hegmann, Gerhard (2017): Katars Kampfjet-Deal offenbart Gleichgültigkeit des Westens, 11.12.2017, <https://www.welt.de/wirtschaft/article171479987/Katars-Kampfjet-Deal-offenbart-Gleichgueltigkeit-des-Westens.html>. [letzter Zugriff: 13.02.2020]
- Hickmann, Christoph/Mascolo, Georg (2015): Waffenexporte. Deutschland liefert Kampfpanzer nach Katar, 22.10.2015, <https://www.sueddeutsche.de/politik/waffenexporte-deutschland-liefert-kampfpanzer-nach-katar-1.2703573>. [letzter Zugriff: 13.02.2020]
- Kaim, Markus (2015): Israels Sicherheit als deutsche Staatsräson: Was bedeutet das konkret?, 30.01.2015, <https://www.bpb.de/apuz/199894/israels-sicherheit-als-deutsche-staatsraeson>. [letzter Zugriff: 27.02.2020]
- Kelsey, Tim/ Van Beveren, Tim (1993): Sniper rifles supplied to Serbs despite sanctions, 30.12.1993, <https://www.independent.co.uk/news/sniper-rifles-supplied-to-serbs-despite-sanctions-1469942.html>. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Krüger, Paul-Anton/Mascolo, Georg (2015): Deutsche Waffenexporte. In Jemen kämpfen Soldaten von Deutschland Panzerkunden Katar, 12.11.2015, <https://www.sueddeutsche.de/politik/deutsche-panzergeschaefte-die-katar-connection-1.2734097>. [letzter Zugriff: 13.02.2020]
- Made in France (2019): Yemen Papers, 15.04.2019, <https://made-in-france.disclose.ngo/en/chapter/yemen-papers/>. [letzter Zugriff: 14.02.2020]
- Nassauer, Otfried/ Pallade, Yves/ Steinmetz, Christopher (2002): Geheimnisumwittert. Die deutsch – israelische Rüstungszusammenarbeit, in: Wissenschaft & Frieden Nr. 4, <http://www.bits.de/public/articles/wf04-02-1.htm>. [letzter Zugriff: 25.02.2020]

- Nassauer, Otfried/ Steinmetz, Christopher (2003): Rüstungskooperation zwischen Deutschland und Israel, in: BITS Research Report 03.1, <http://www.bits.de/public/researchreport/rr03-1-1.htm>. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Nassauer, Otfried (2006): Zu Wasser, zu Lande und in der Luft Die deutsch-israelische Rüstungskooperation, in: Friedensforum Ausgabe 4 / Oktober 2006, <https://www.bits.de/public/articles/friedensforum/ff0406.htm>. [letzter Zugriff: 28.02.2020]
- Nassauer, Otfried (2010): Besondere Beziehungen. Die deutsch-israelische Rüstungskooperation, <https://www.bits.de/public/bes-beziehungen.htm>. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Nassauer, Otfried (2011): Sechs Dolphin-U-Boote für Israels Abschreckung, <http://www.bits.de/public/researchnote/rn11-1.htm>. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Nassauer, Otfried (2012): Das sechste U-Boot. Ein deutscher Rüstungsexport in der Solidaritätsfalle, 22.03.2012, http://www.bits.de/public/unv_a/orginal-220312.htm. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Nassauer, Otfried (2012): U-Boote für Ägypten, 15.09.2012, https://www.bits.de/public/unv_a/orginal-150912.htm. [letzter Zugriff: 28.02.2020]
- Nassauer, Otfried (2014): Deutsche Pistolen in Kolumbien Über ein Loch in der Endverbleibskontrolle, 29.05.2014, https://www.bits.de/public/unv_a/orginal-290514.htm. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Nassauer, Otfried (2016): Hemmunglos in alle Welt – Die Munitionsexporte der Rheinmetall AG, <https://www.bits.de/public/rr16-01.htm>. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Nassauer, Otfried (2019): Kreativer Rüstungsexport nach Saudi-Arabien - Bundesregierung hilft Rheinmetall und KAMAG, 14.04.2019, http://www.bits.de/public/unv_a/original-140419.htm. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Nkala, Oscar (2015): Algerian Army takes delivery of 200 Mercedes vehicles, 09.01.2015, <https://www.defenceweb.co.za/land/land-land/algerian-army-takes-delivery-of-200-mercedes-vehicles/?catid=50%3ALand&Item>. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Norddeutscher Rundfunk (2016): Bundeswehr-Waffen auf dem Schwarzmarkt im Nordirak, 21.01.2016, https://www.ndr.de/der_ndr/presse/mitteilungen/Bundeswehr-Waffen-auf-dem-Schwarzmarkt-im-Nordirak-,pressemeldungndr16758.html. [letzter Zugriff: 14.02.2020]
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2019): Gemeinsame Erklärung anlässlich der 5. Deutsch-Indischen Regierungskonsultationen am 1. November 2019 in New Delhi, 01.11.2019, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/992814/1687590/c07fe34952229baa94221a1f6c1e34a1/2019-11-01-erklaerung-deu-ind-reg-konsultationen-data.pdf?download=1>. [letzter Zugriff: 20.02.2020]
- Rat der Europäischen Union (2008): Benutzerleitfaden zum EU-Verhaltenskodex für Waffenausfuhren, in: 7486/08, PESC 319, COARM 20,

- <https://www.bits.de/public/documents/Ruestungsexport/leitfadenst07486.de08.pdf>.
[letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Reuters (2012): Streit um Waffenexporte – Bundesregierung lobt Saudis, 03.12.2012,
<https://de.reuters.com/article/deutschland-saudi-arabien-rstung-zf-idDEBEE8B202Z20121203>. [letzter Zugriff: 14.02.2020]
- Ruestungsexport-Info (o.J.): Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von
Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern (16. Juni 1971), http://ruestungsexport-info.de/fileadmin/media/Dokumente/R%C3%BCstungsexporte___Recht/Politische_Grunds%C3%A4tze/Politische-Grundsätze-1971.pdf. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Schwarz, Wolfgang (1992): Entsorgung per Export. Das Arsenal der einstigen DDR-Armee
wird in alle Welt verkauft. Freunde schaffen mit vielen Waffen, 22.05.1992,
<https://www.zeit.de/1992/22/freunde-schaffen-mit-vielen-waffen>. [letzter Zugriff:
14.02.2020]
- Stauch, Günter (1994): Waffenexporte in die Türkei. Bis an die Zähne, 16.05.1994,
https://www.focus.de/politik/deutschland/waffenexport-in-die-tuerkei-bis-an-die-zaehne_aid_147266.html. [letzter Zugriff: 14.02.2020]
- Süddeutsche Zeitung (2019): Deutsche Exporte. Rüstungsgüter für mehr als eine Milliarde an
Jemen-Kriegsallianz, 16.06.2019, <https://www.sueddeutsche.de/politik/jemen-krieg-bundesregierung-exportbeschraenkung-ruestungsexport-1.4488005>. [letzter Zugriff:
14.02.2020]
- SWR (o.J.): Meister des Todes, <https://www.swr.de/meisterdestodes/-/id=15524194/447tym/index.html>. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Tillack, Hans-Martin/Bettoni, Margherita/Richter, Frederik (2017): Panzer für den Emir,
29.06.2017, <https://correctiv.org/aktuelles/wirtschaft/2017/06/29/panzer-fuer-den-emir>. [letzter Zugriff: 13.02.2020]
- Tillack, Hans Martin (2018a): Rheinmetall. Der deutsche Rüstungskonzern und der Erdogan-
Freund, 13.02.2018, <https://www.stern.de/politik/ausland/rheinmetall--der-deutsche-ruestungskonzern-und-der-erdogan-freund-7860788.html>. [letzter Zugriff: 14.02.2020]
- Tillack, Hans Martin (2018b): Patrouillenboote aus Wolgast. Sind aus Deutschland gelieferte
Kriegsschiffe indirekt an Blockade des Jemen beteiligt?, 11.09.2018,
<https://www.stern.de/politik/deutschland/sind-aus-deutschland-gelieferte-kriegsschiffe-indirekt-an-blockade-des-jemen-beteiligt--8352752.html>. [letzter Zugriff:
14.02.2020]
- Tillack, Hans Martin (2019a): #German Arms, Wie Soldaten der Emirate mit Technologie aus
Deutschland für den Krieg trainieren, 28.02.2019,
<https://www.stern.de/politik/ausland/soldaten-der-emirate-trainieren-mit-deutscher-technologie-fuer-den-krieg-8599658.html>. [letzter Zugriff: 14.02.2020]
- Tillack, Hans Martin (2019b): Vertrauliche Protokolle zeigen, wie die Regierung
Waffenexporte rechtfertigte, 27.03.2019,
<https://www.stern.de/politik/deutschland/tillack/vertrauliche-protokolle-ueber-waffen-fuer-saudis-und-emirate-8637222.html>. [letzter Zugriff: 25.02.2020]

- Tillack, Hans Martin (2019c): Nach #German Arms-Recherchen. Rüstungsexport-Politik: Opposition sieht „Bankrotterklärung des ganzen Systems“, 13.05.2019, <https://www.stern.de/politik/ausland/-germanarms--opposition-sieht--bankrott--der-deutschen-ruestungsexportpolitik-8620444.html>. [letzter Zugriff: 14.02.2020]
- Tillack, Hans Martin (2019d): Rüstungsexporte. Luftabwehrsysteme auf Militärtrucks deutsche Hersteller offenbar im Einsatz in Libyen, 09.07.2019, <https://www.stern.de/politik/ausland/militaertrucks-deutscher-hersteller-im-buergerkrieg-in-libyen-im-einsatz-8788606.html>. [letzter Zugriff: 14.02.2020]
- Tillack, Hans Martin (2019e): Deutsches Werftunternehmen hilft Saudi-Arabien weiter bei Unterhalt von Kriegsschiffen, 20.11.2019, <https://www.stern.de/wirtschaft/news/luerssen-werft-hilft-saudi-arabien-weiter-bei-unterhalten-von-kriegsschiffen-9010394.html>. [letzter Zugriff: 28.02.2020]
- Thumann, Michael (2019): Rüstungspolitik. Erobern mit deutscher Wertarbeit, 13.02.2019, <https://www.zeit.de/2019/08/ruestungspolitik-waffenexporte-panzer-deutschland-tuerkei>. [letzter Zugriff: 14.02.2020]
- Trial International (2019): RWM ITALIA, 08.07.2019, <https://trialinternational.org/latest-post/rwm-italia/>. [letzter Zugriff: 14.02.2020]
- Verwaltungsgerichtsbarkeit Hessen (2019): Verwaltungsgericht hebt faktisches Ausfuhrverbot wegen formeller Fehler auf, 03.12.2019, <https://verwaltungsgerichtsbarkeit.hessen.de/pressemitteilungen/verwaltungsgericht-hebt-faktisches-ausfuhrverbot-wegen-formeller-fehler-auf>. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Waffenexporte.org (o.J.): Tabellarische Aufarbeitung der Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 2000-1.HJ 2017. Vereinigte Arabische Emirate, https://www.waffenexporte.org/wp-content/uploads/2017/03/Waffen-Ex_Vereinigte-Arabische-Emirate.pdf. [letzter Zugriff: 14.02.2020]
- Welt (2011): Saudi-Arabien – „Ein Stabilitätsanker in der Region“, 09.07.2011, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article13476959/Saudi-Arabien-Ein-Stabilitaetsanker-in-der-Region.html>. [letzter Zugriff: 14.02.2020]
- Welt (2016): Deutsch-Südafrikanische Munitionsfabrik in Saudi-Arabien, 15.04.2016, <https://www.welt.de/regionales/nrw/article154398278/Deutsch-Suedafrikanische-Munitionsfabrik-in-Saudi-Arabien.html>. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag (2007): Zur Entwicklung des deutsch-israelischen Verhältnisses - Ausarbeitung -, WD 1 - 110/07, <https://www.bundestag.de/resource/blob/413374/c69b2623815ab47e3ca26992c6000916/WD-1-110-07-pdf-data.pdf>. [letzter Zugriff: 25.02.2020]
- Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag (2018): Vergleich der Rüstungsexportgrundsätze der Bundesregierung mit dem Gemeinsamen Standpunkt der EU zu Rüstungsexporten, 21.11.2018, WD 2 - 3000 - 158/18, <https://www.bundestag.de/resource/blob/586192/721738d3f205b2eba6986749bc818620/WD-2-158-18-pdf-data.pdf>. [letzter Zugriff: 25.02.2020]

- Wisotzki, Simone (2018): Violating the Arms Trade Treaty. Arms Exports to Saudi-Arabia and the Humanitarian Crisis in Yemen, PRIF-Spotlight 1/2018, https://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_publicationen/Spotlight0118.pdf. [letzter Zugriff: 14.02.2020]
- ZEIT ONLINE (2014): Leopard-Export. Gabriel blockiert angeblich Panzer-Lieferungen an Saudi-Arabien, 13.04.2014, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-04/panzerlieferung-saudi-arabien-gabriel>. [letzter Zugriff: 14.02.2020]
- ZEIT ONLINE (2018): Richter lässt Klagen gegen Saudi-Arabien wegen 9/11 zu, 29.03.2018, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-03/bundesgericht-klage-zulassung-saudi-arabien-terroranschlaege-11-september>. [letzter Zugriff: 14.02.2020]
- ZEIT ONLINE (2019): Syrien Konflikt. Mehrere Tote bei israelischen Luftangriffen auf Syrien, 21.01.2019, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-01/syrien-israel-iran-angriff-al-kuds-brigade>. [letzter Zugriff: 14.02.2020]